

ENERGIE- INFO

Berichte und Nachrichten aus dem Energiebereich

Liebe Leserinnen und Leser,

unglaublich, aber wahr! Die Energie-Info befindet sich im 21. Jahr ihres Erscheinens. Wenn ich mir so die ersten Ausgaben anschau.....“Info, wie hast du dir verändert!“

Wer Veränderungen vorschlagen möchte oder Kritik und / oder Anregungen hat: Meinungen bitte an meine neue Email-Adresse (siehe S.4).

Michael Carl

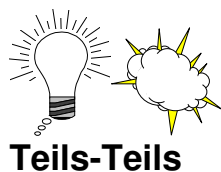
Redaktionsschluss: 28.4.2008

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
Literaturhinweise	4



KIB: Biomasse-Studie in Auftrag gegeben.....	5
Bioenergie-Dorf könnte im Winter 2009 starten.....	6
Realschule hat Energieverbrauch deutlich reduziert.....	8
Grundsatzurteil stärkt Atomkraftgegner.....	9
Windkraft legt weiter zu.....	11
Am Netz: Parabolrinnenkraftwerk in Spanien.....	12
Klärschlamm als Energiequelle.....	14
Strom aus Stoff.....	16
Fördergelder fürs Sparen.....	16
Energieeffizienz in Unternehmen wird gefördert.....	16
EVM: Geld für Gas.....	17
Klimaschutz durch erneuerbare Energien.....	18
Honda präsentiert Umwelt-Auto.....	19
Wärme aus der Nordsee.....	20
Keine Laufzeitverlängerung für Biblis A.....	21



Solarpark in Größe XL.....	22
Für und Wider Fotovoltaik.....	23
Saar-Bergbau verliert zwei Standorte sofort.....	23
Mainzer Stadtrat gegen Kohlekraft.....	24
BUND deckt beim Erörterungstermin Ungereimtheiten auf.....	25
Regulierer kürzt Stromnetzentgelte.....	26
Marktübersicht zu Hackschnitzelkesseln.....	26
Umweltfreundliches Büro: Mein grüner Arbeitsplatz.....	26
Deutscher Treibhausgasausstoß um 2,4 % gesunken.....	28
Energiekonzern verliert 200.000 Kunden.....	30
Studie zeigt ungenutztes Potential (erneuerbare Energien).....	30



Trotz besserer Effizienz steigt Strombedarf weiter.....	32
Verträge unterzeichnet für Kohlekraftwerk Hamm.....	33
Mainz: Kohlekraftwerk ein Millionengrab.....	33
Tausende protestieren gegen Kohlemeiler.....	34
118 Störfälle in Atommeilern.....	35
Wissenschaftler löffeln 60.000 Liter Atomsuppe aus.....	35
Brand in Krümmel.....	37
Ärzte gegen AKW.....	38
Salzgitters Klage scheitert.....	38
Teure „Zweite Miete“.....	38
Raffinerie-Abwärme soll zu Fernwärme werden.....	39

Einführung

Die Energie-Info, herausgegeben vom Arbeitskreis Energie im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz, versucht, in für die Umwelt gute und schlechte Nachrichten zu unterteilen. Dies ist natürlich nicht immer möglich, so dass stets auch einige Seiten neutraler Informationen enthalten sind.

Für Mitarbeiter an der Info:

Der Redaktionsschluss für die vier Ausgaben pro Jahr:

15.1., 15.4., 15.7., 15.10. jeden Jahres.

Meine Adresse:

Michael Carl, Höhenweg 15, 56335 Neuhäusel

Tel.: 02620/8416; Fax: 02620/950805; E-Mail: michael.carl@t-online.de (**neu!!**)

Mein Dank gilt an dieser Stelle denjenigen Mitgliedern des AK Energie, die mir freundlicherweise Material zukommen ließen, das ich zum Teil für diese Ausgabe der Info verwertet habe.

Literaturhinweise

Die Bücher, Broschüren und Faltblätter sind bei der Landesgeschäftsstelle in Mainz erhältlich.

➤ „Positive Anlagen in Rheinland- Pfalz. - Sinnvolle Energieverwendung in bestehenden Anlagen“; Preis: 2,60 €.

➤ „Vorbild Kommune - Zukunftsfähige Energienutzung; Wo Zukunft schon begonnen hat: Rheinland-Pfälzer zeigen wie's geht“; Preis 2,70 €.

➤ Faltblätter

- Solarstrom - Grundlagen
- Energiewende jetzt/Arbeitsplätze
- Energiesparen beim Heizen
- Der Gasherd
- Regeln zum richtigen Lüften
- Wärmepumpe
- Energie sparend Auto fahren
- Warmwasserbereitung
- Off. Kamine/Schornsteinfeger
- Holznutzung
- Contracting
- Wechsel des Stromlieferanten
- Energie sparen
- Erneuerbare Energien-Gesetz
- Antriebsalternativen (Auto)
- Energiesparlampen (**neu!**)

➤ Thesenpapiere:

- Thesen Windenergienutzung
- Wasserkraftnutzung in Klein- und Kleinstwasserkraftanlagen
- Nutzung von Biomassen (**neu**)
- Thesen Fotovoltaiknutzung
- Thesen Geothermienutzung

KIB: Biomasse-Studie in Auftrag gegeben

Unterwegs zu dem Ziel, im Donnersberger Land nur so viel Energie zu verbrauchen wie hier auch erzeugt wird, will der Kreis einen Schritt weiter gehen: Der Kreisausschuss stimmte dem Vorschlag zu, zur energetischen Verwertung von Biomassen eine Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen. Umweltdezernent Albert Graf erläuterte das Vorhaben von zwei Ausgangspunkten her. Zum einen stelle man bei der Abfallwirtschaft fest, dass in den Restmülltonnen immer noch große Mengen Biomüll landen, die gemeinsam mit dem anfallenden Grünschnitt energetisch verwertet werden könnten. Zum anderen forderten die unlängst noch forcierten Zielvorgaben des „Donnersberger Energie-Konzeptes“, den Anteil im Landkreis erzeugter Energien aus regenerativen Quellen bis 2015 zu vervierfachen.

Vor diesem Hintergrund soll eine Machbarkeitsstudie die technischen wie auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen einer Verwertung dieser Stoffe untersuchen, so Graf. Gedacht sei an zwei technische Varianten, zum einen an eine Biogas-Anlage zur Gewinnung von Strom und Wärme, zum anderen an Möglichkeiten, gewonnenes Biogas ins vorhandene Erdgasnetz einspeisen zu können. Der Kreis wird dieses Projekt nicht alleine angehen. Die „Entsorgungsgesellschaft Mainz“ (EGM) habe sich „als Partner angeboten und will die Untersuchung auch finanziell mittragen“, so Graf. Das Land habe für die anfallenden Kosten in Höhe von rund 50.000 Euro eine 50-prozentige Förderung in Aussicht gestellt, „der Bescheid ist zu uns unterwegs“, so Graf. Die restlichen 25.000 Euro teilten sich Kreis und EGM. Der Ausschuss stimmte der Vergabe des Auftrages an die Ingenieurgesellschaft „wat“ in Karlsruhe zu.

Dass die Umsetzung eines solchen Projekts auch zu Veränderungen bei der Müllabfuhr führen könnte, bestätigte Graf auf Nachfrage Christian Angnes (FDP). „Das könnte es bedeuten in Anbetracht von rund 4.000 Tonnen Biomüll im Restabfall“, sagte Graf, doch laufe der Hauptvertrag zur Müllentsorgung noch bis Ende 2009. „Mir dauert das zu lange“, forderte Reiner Merz (Grüne), das Verfahren zu beschleunigen. Graf erwiderte, dass man die Studie binnen drei Monaten auf dem Tisch haben wolle. Schneller habe man das Projekt nicht zuletzt wegen der Landesförderung nicht angehen können.

Kommentar: Im Bewusstsein angekommen

Das ökologisch motivierte Schonen von Ressourcen war lange Zeit einer oftmals belächelten Minderheit vorbehalten. Mittlerweile ist das Energiesparen ökonomische Notwendigkeit, denn Strom und Wärme kosten heutzutage richtig viel Geld. In den letzten zwölf Jahren haben sich die Preise für Öl und Gas um rund 360 Prozent erhöht, in diesem Jahr hat der Preis pro Fass Rohöl erstmals die 100-Dollar-Marke überschritten. Es gibt Szenarien, die für das Jahr 2020 gar einen Preis von 200 Dollar voraussagen. Die Ursache für die stark steigenden Preise ist die Diskrepanz zwischen dem knappen Angebot an fossilen Rohstoffen, die immer noch die Hauptquelle von Wärme und Strom darstellen, und die ständig zunehmende Nachfrage nach Energie. Der weltweite Bedarf an Energie wächst jährlich um etwa drei Prozent, was ungefähr dem Energiebedarf der Bundesrepublik Deutschland entspricht.



Dass sich Energiesparen und die Nutzung erneuerbarer Energien immer fester im Bewusstsein der Verbraucher verankern, belegt nicht zuletzt der sehr gute Besuch des Umweltforums des Eisenberger SPD-Gemeindeverbandes. Begrüßenswert. Denn wie hat es die Mainzer Umweltministerin Margit Conrad salopp formuliert: "Sonne und Wind stellen uns keine Rechnungen." Vielleicht aber irgendwann die Erde.

DIE RHEINPFALZ vom 25. Februar 2008

Bioenergie-Dorf könnte im Winter 2009 starten

Ab dem Winter 2009/2010 könnte Martinshöhe nur mit Energie aus Mais, Gras und Holz geheizt werden. Wer mitmacht, könnte mindestens 15 Prozent Heizkosten sparen. Das ergibt eine Studie, die die Gemeinde in Auftrag gegeben hat. Damit Martinshöhe zum Bio-Energie-Dorf wird, müssen aber mindestens 70 Prozent der Haushalte mitmachen.

Mit dem kann ich sehr gut leben", sagt Werner Holz, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bruchmühlbach-Miesau, zu dem Ergebnis der Studie. Als der Gemeinderat im Dezember 2006 zum ersten Mal die Idee des Bio-Energie-Dorfes diskutierte, war er es, der stets gewarnt hatte, dass sich das Ganze auch rechnen muss. Nun nannte er das Konzept umsetzungsfähig" - zumal alles sehr zurückhaltend gerechnet sei. Die Studie geht von einem Ölpreis von 60 Euro brutto für 100 Liter Heizöl und einer Mitmachquote von 70 Prozent aus, und erwartete Landeszuschüsse sind noch nicht berücksichtigt. Machen mehr Leute mit, steigt der Ölpreis noch mehr - am Montag lag er laut Werner Holz bei 77,23 Euro brutto für 100 Liter - und gibt es die Förderung, dann lohnt sich der Umstieg umso mehr. Eigentlich müssten alle Martinshöher sagen "Wir machen mit", findet er.

Die Studie geht von einer Investitionssumme von 7,2 Millionen Euro aus. Dafür könnte Martinshöhe komplett mit Bio-Energie geheizt werden. Geplant ist eine Biogas-Anlage, die die Grundlast abdeckt und auch im Sommer für Warmwasser sorgt. Sie würde mit Mais- und Grassilage und Gülle betrieben - geliefert von Martinshöher Bauern. In Zeiten, wenn Biogas alleine nicht genug Wärme liefert, kommt eine Holzhackschnitzelanlage unterstützend dazu, und schließlich soll noch ein so genannter Spitzenlastkessel gebaut werden. Das Dorf würde in drei Abschnitten angeschlossen: Die komplette Zweibrücker Straße und die Seitenstraßen Buchenweg, Elisabethenstraße, Langgasse und Schulstraße würden den Anfang machen. Im zweiten Abschnitt kämen Felsenbrunnerstraße, In der Seiters und Am Wasserturm dazu, dann der Rest. In allen drei Abschnitten müssen immer mindestens 70 Prozent der Gebäude mitmachen, damit begonnen wird. Am liebsten wäre es Bürgermeister Holz und Ortsbürgermeister Klaus Sprengard, wenn gleich für alle drei Abschnitte genug Interesse da wäre. Dann könnte alles in einem Zug gebaut werden. 440 Häuser gibt es in Martinshöhe, 308 bräuchten wir", sagt Bürgermeister Holz.



ENERGIE-INFO SEITE 7

Die Studie geht davon aus, dass jedes Haus 3.500 Euro investieren müsste, um mitmachen zu können. Unter anderem muss ein Wärmetauscher eingebaut werden, der die angelieferte Wärme so im Haus überträgt, dass das Wasser in den Heizkörpern warm wird. Dem gegenübergestellt sind neben den Gebühren die Kosten für eine Ölheizung, bei der beispielsweise der Kessel erneuert werden muss. Danach würden die Martinshöher in der Ausbaustufe 1 - Zweibrücker Straße und Seitenstraßen - zehn Prozent Heizkosten sparen. Kommt die Stufe 2 dazu, steigen die Investitionskosten, weil dann auch die Holzhackschnitzelanlage gebraucht wird, und die Ersparnis läge nur bei fünf Prozent für alle. In Stufe 3 - wenn das ganze Dorf angeschlossen ist - lohnt es sich am meisten: Die Haushalte würden 15 Prozent sparen - sogar mehr, wenn das Öl teurer wird, mehr Haushalte mitmachen und die Förderung kommt.

Das ist ein finanzieller Vorteil für alle. Die Landwirtschaft profitiert, der Forst in der Umgebung profitiert, es können Arbeitsplätze geschaffen werden", sagt Werner Holz, der die Anlage über die Verbandsgemeindewerke betreiben möchte. Ortsbürgermeister Sprengard ist zuversichtlich, dass 70 Prozent der Martinshöher mitmachen: Die Stimmung ist toll. Es ist wirklich so, dass die Leute einen ansprechen: "Wann geht's denn los?". Sogar Leute, die letztes Jahr ihre Anlage erneuert haben, sagen: "Ich lass' mich anschließen." Die beiden Bürgermeister sehen neben dem Geld noch andere Vorteile: Wer seine Ölheizung ersetzt, könne die Tanks rauswerfen und den Heizraum anders nutzen.

Wenn - wie erhofft - nächste Woche eine Förderzusage aus Mainz eintrifft, beginnt die Öffentlichkeitsarbeit. Spätestens für April ist eine Bürgerversammlung geplant, in der genaue Zahlen vorgestellt werden. Die Martinshöher sollen außerdem Info-Broschüren erhalten und Postkarten, mit denen sie einen Termin mit einem Energieberater vereinbaren können. Der soll zu den Leuten nach Hause kommen und vorrechnen, ob, ab wann und wie sehr sich ein Umstieg lohnt. Werden die 70 Prozent schnell erreicht, könnte die Planungsphase beginnen, und die Anlage könnte noch dieses Jahr in Auftrag gegeben werden. Die Heizperiode 2009/2010 wäre ein realistisches Ziel", sagt Werner Holz.

Bis dahin müsste ein Standort für die Anlage gefunden werden, möglicherweise nordwestlich der Kirche. Die Verbandsgemeinde müsste Verträge mit den Landwirten schließen. Wir brauchen 150 Hektar Anbaufläche, das kriegen wir zusammen", ist Klaus Sprengard auch hier zuversichtlich. Bürgermeister Holz redet diese Woche noch mit dem Forst: 4.600 Festmeter Holz – 7.000 Ster - müsste Martinshöhe, das kaum Wald hat, im Jahr kaufen. Um die Häuser anzuschließen, müssten schließlich die Rohre verlegt werden, die in die Gehwege kommen sollen.

DIE RHEINPFALZ vom 27. Februar 2008



Realschule hat Energieverbrauch deutlich reduziert

„Zum Energiesparen gibt es keine Alternative“, betonte Margit Conrad beim Umweltforum des Eisenberger SPD-Gemeindeverbands am Samstagnachmittag im Gasthaus „Zum Engel“. Die rheinland-pfälzische Umwelt- und Verbraucherministerin appellierte - ebenso wie die anderen Diskussionsteilnehmer - an die zahlreichen Zuhörer, das Thema Energiesparen „anzupacken, da es eine äußerst lohnenswerte Investition in die Zukunft“ sei. Zum einen sei es aus Umweltschutzgründen entscheidend, den Ausstoß von Kohlendioxid zu senken, so Conrad. „Hier sind wir alle gefordert unseren Energieverbrauch zu senken, indem wir beispielsweise Energiesparlampen verwenden oder unsere elektronischen Geräte nicht im Standby-Modus laufen lassen“, verdeutlichte der Eisenberger Verbandsbürgermeister Walter Brauer. Damit könne schon sehr viel getan werden, um dem Klimawandel, der sich in veränderten Witterungsbedingungen wie steigenden Durchschnittstemperaturen oder häufigen lokalen Hochwasser äußert, entgegenzuwirken.

„Energiesparen ist vor allem aber auch deshalb ein Thema, weil die Energiekosten in den nächsten Jahren unseren Geldbeutel sehr stark strapazieren werden“, betonte Conrad. Inzwischen kommen zwar 14 Prozent des deutschen Stroms aus regenerativen Quellen wie Wind, Wasser oder Sonne und 6,5 Prozent der Heizwärme wird aus Sonne, Biomasse, Erdwärme oder Holz gewonnen. Aber immer noch sei Deutschland sehr stark auf den Import fossiler Brennstoffe wie Öl oder Gas angewiesen.

„Für die Zukunft ist es daher ein großes Ziel, diese Abhängigkeit zu reduzieren. Wir wollen die Potenziale vor Ort effizienter nutzen“, erläuterten Kreis-Umweltdezernent Albert Graf und Björn Becker vom Institut für angewandtes Stoffmanagement Birkenfeld. Wie das für öffentliche Gebäude konkret funktionieren kann, stellten sie am Beispiel der Realschule Eisenberg vor. Die Schule reduzierte ihren Energiebedarf durch Maßnahmen wie die Einzelsteuerung der Heizungen in den Klassenzimmern in den vergangenen Jahren auf fast ein Drittel. Vorbildcharakter habe auch die Hackschnitzelheizung der Realschule, die mit den Abfällen von zwei Grüngutsammelplätzen aus der Region „gefüttert“ werde und eine „glänzende Ökobilanz“ aufweise.

Damit privaten Haus- und Wohnungseigentümern die steigenden Energiekosten nicht über den Kopf wachsen, empfahl der Eisenberger Schornsteinfegermeister und geprüfte Energiemeister Thomas Müller eine Energieberatung, die vom Staat finanziell gefördert wird. Diese helfe herauszufinden, wo und wie individuelle Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs ergriffen werden können. „Die richtige Isolierung von Fassade, Fenstern und Dach ist entscheidend, um das Haus fit für die Zukunft zu machen“, sagte Müller. Viele Gebäude seien so ineffizient, dass sich ein erhebliches Energieeinsparungspotenzial erschließen lasse. Um Mieter und Käufer von Wohnungen unliebsame Überraschungen bei den Energiekosten zu ersparen, werde ab dem 1. Juli 2008 bundesweit der Energieausweis eingeführt, berichtete Müller weiter. Der Ausweis ist einheitliches Gütesiegel für die Energieeffizienz und enthält Angaben zur Qualität der Dämmung und der Heizungsanlage.



Wie groß der Markt für Fragen rund um Umwelt und Energie ist, verdeutlichte Walter Dech, Präsident der Handwerkskammer der Pfalz: Zur Zeit gebe es 3.000 Handwerksbetriebe in der Pfalz, die mit diesem Thema zu tun haben.

DIE RHEINPFALZ vom 25. Februar 2008

Grundsatzurteil stärkt Atomkraftgegner

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat die Rechte von Nachbarn atomarer Anlagen deutlich gestärkt. Das geht aus einem aktuellen Urteil vom 10. April 2008 hervor. Danach können Nachbarn von Atomkraftwerken auch zum Schutz vor terroristischen Anschlägen vom Betreiber Maßnahmen einfordern und deren Sicherheitskonzept gerichtlich überprüfen lassen. Das OVG Schleswig sowie die Juristen des Bundesamtes für Strahlenschutz waren noch der Auffassung, dass Terroranschläge dem Staat gelten, somit allein die Allgemeinheit betreffen und von dieser auch hinzunehmen seien. Es bedurfte der Klage eines standhaften Wohnimmobilienbesitzers in ca. 5 km Entfernung zum AKW, um die Bestätigung zu erhalten, dass es entgegen der Auffassung des OVG Schleswig und des Bundesamtes für Strahlenschutz ein vorsorgebedürftiges Besorgnispotential bei den Anwohnern durch mögliche Terroranschläge gibt. Die Richter unter Vorsitz von Wolfgang Sailer verwiesen die Sache zur Neuverhandlung an das Obergerverwaltungsgericht Schleswig zurück, das die Klage des Mannes in erster Instanz abgewiesen hatte. Den betroffenen Nachbarn solcher Anlagen steht ein individuelles Klagerrecht auch bezüglich „terroristischer Szenarien“ zur Seite, urteilten die Bundesrichter.

Vorgeschichte

Um Atommülltransporte zu verringern, vereinbarte die Bundesrepublik Deutschland mit den Betreibern der deutschen Atomkraftwerke, an den Standorten Zwischenlager zu erreichen. Für das AKW Brunsbüttel wurde am 30. November 1999 eine Halle für 150 Castorbehälter V/52 beantragt. Nach Auslegung der Antragsunterlagen, Einwendungen und Erörterungstermin wurde am 24. September 2003 von der Stadt Brunsbüttel die baurechtliche Genehmigung erteilt und schon am 07. Oktober 2003 war Baubeginn. Am 28. November 2003 wurde die Atomrechtliche Genehmigung für die Einlagerung von 80 Castorbehältern vom Typ V/52 erteilt. Am 17. Februar 2004 wurde die Klage gegen das Standortzwischenlager eingereicht. Feierliche Inbetriebnahme mit der Einlagerung des ersten mit abgebrannten Brennelementen befüllten Castorbehälters war der 05. Februar 06. Der Sofortvollzug war durch das Bundesamt für Strahlenschutz angeordnet worden. Mir wurde mitgeteilt, dass, wenn ich die Klage gewinne, die eingelagerten Castorbehälter nach Gorleben transportiert würden und deshalb der Sofortvollzug nicht mit Aussicht auf Erfolg angegriffen werden könnte.

Die Verhandlung vor dem Obergerverwaltungsgericht Schleswig fand am 31. Januar 07 statt. Der Senat gelangte zu der Auffassung, dass Castoren grundsätzlich für die Langzeitaufbewahrung von radioaktiven Brennelementen geeignet und zuverlässig seien.



Dies führte der Vorsitzende Richter des 4. Senats, Dierk Habermann, in seiner mündlichen Begründung der Entscheidung aus. Bezüglich des vom Kläger unter Einschaltung externer Gutachter vorgebrachten Einwands, es fehle an einem ausreichenden Schutz des Zwischenlagers gegenüber eines herbeigeführten Flugzeugabsturzes sowie eines mit einer Panzerfaust ausgeführten Angriffs, sah das Gericht keinen weiteren Prüfungsbedarf, da „terroristische Szenarien“ nicht drittschützend seien. Zwar dürfe der Staat dem Betreiber auch insoweit Vorsorge abverlangen. Dem Bürger stünden insoweit jedoch keine klagefähigen Rechte zur Seite. Dass sich das Gericht seiner Sache nicht ganz sicher war, zeigte sich nach Auffassung des Klägeranwalts Dr. Wollenteit daran, dass es Revision zugelassen hatte. Die Bundesrepublik Deutschland als Beklagte sowie die Betreiber des Zwischenlagers hatten von Anfang an geltend gemacht, dass die Klage insgesamt unzulässig sei und damit praktisch die Auffassung vertreten, dass Anwohner bezüglich von „Störmaßnahmen und Einwirkungen Dritter“ (§ 6 Abs. 2 Nr. 4 AtG) völlig rechtlos seien.

Bundesverwaltungsgericht

Dank vieler Spenden konnte der gerichtliche Weg bis zum Bundesverwaltungsgericht bestritten werden. Das dabei errungene Urteil hat einen sehr wichtigen Etappensieg gebracht. Die mündliche Verhandlung vor dem 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichts fand am 10. April in Leipzig unter Anwesenheit ehemaliger Lauenburger Mitstreiter, von weiteren Freunden und zum Glück auch einigen Pressevertretern statt. In der anschließenden Pressemitteilung des Gerichts heißt es: „Der Nachbar eines Standortzwischenlagers kann vor Gericht die dafür erteilte atomrechtliche Genehmigung mit der Begründung abwehren, dass der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter nicht gewährleistet ist. Ob und in welchem Umfang ein solcher Schutz geboten ist, hat die Genehmigungsbehörde in eigener Verantwortung zu beurteilen. Ihre Entscheidung ist von den Gerichten dahingehend zu überprüfen, ob die behördliche Risikoermittlung und Risikobewertung auf einer ausreichenden Datenbasis beruht und dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht“.

Ganz ungläubig habe ich die Freundlichkeit der fünf Leipziger Richter zur Kenntnis genommen. Die herbe Erfahrung damals vor dem OVG Schleswig am 31. Januar 07 war als Kontrasterfahrung noch in Erinnerung. Der vortragende Richter hatte damals den Schriftsatz unseres Klägeranwalts verlesen, das war natürlich in unserem Sinne. Und dann war die Verhandlung plötzlich gekippt, weil das OVG die „radikale“ Auffassung vertrat, es gäbe gar keinen Drittschutz und schon deshalb seien auch die Beweisanträge des Klägers zurückweisen. Ganz umsonst war damals Frau Prof. Oda Becker für die Kläger anwesend, die sich mit dem Beschuss panzerbrechender Waffen auf Castorbehälter im Zusammenhang mit dem integrierten Sicherungs- und Schutzkonzept auseinandergesetzt hatte und zu ganz anderen Berechnungen gekommen war, als das Bundesamt für Strahlenschutz. Das Oberverwaltungsgericht hatte die Risiken für Leben und Gesundheit des Klägers infolge eines gezielten Flugzeugabsturzes auf das Zwischenlager sowie infolge eines Beschusses der Castorbehälter mit panzerbrechenden Waffen damit vollständig ausgeblendet und einem möglichen Einspruchsrecht des Nachbarn entzogen.



Auf halber Strecke

Das Bundesverwaltungsgericht ist der Auffassung des Oberverwaltungsgerichts entgegengetreten: Der Schutz vor terroristischen Anschlägen auf ein Standortzwischenlager unterfällt danach grundsätzlich dem Anwendungsbereich des Atomgesetzes. Der gegenteiligen Auffassung der Betreiberseite wurde eine eindeutige Absage erteilt. Die Vorsorge gegen solche Risiken dient auch dem Schutz individueller Rechtsgüter der in der Nähe des Zwischenlagers wohnenden Nachbarn. Damit war auch die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer gegenteiligen Auffassung gescheitert. Die staatliche Terrorbekämpfung entbindet den Anlagenbetreiber nicht von der Pflicht zu Maßnahmen zum Schutz der Anlage und ihres Betriebs, die in seinen Verantwortungsbereich fallen. Dem Schutzanspruch Drittbetroffener auf Vorsorge vor terroristischen Anschlägen wird nur dann genügt, wenn die Genehmigungsbehörde die relevanten Risiken ermittelt, bewertet und gegebenenfalls willkürfrei dem Bereich des Restrisikos zugeordnet hat.

Besonders erfreulich ist, dass in Leipzig die seit dem 11. September von den Betreibern propagierte Linie, welche auf eine völlige Ausblendung des Risikos terroristischer Anschläge abzielte, vollständig gescheitert ist. In vielen Schriftsätzen, die der AKW-Betreiber verfasst hatte, war gebetsmühlenhaft zu lesen, dass die Klage schon deshalb abzuweisen sei, weil Terroranschläge auf die Allgemeinheit zielten und einem kriegerischen Ereignis gleichzusetzen seien. Diese Debatte hat mit dem „Machtwort“ aus Leipzig erfreulicherweise ihren Schlusspunkt gefunden.

Der Anerkennung von „Drittenschutz“ bei terroristischen Anschlägen kommt aber auch eine weit über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung zu. Bereits heute sind Klagen beim OVG Schleswig und beim VGH Kassel anhängig, die auf den Widerruf der Betriebsgenehmigungen für die Reaktoren gerichtet sind. Auch die Erfolgsaussichten dieser Klagen sind durch die Entscheidung erheblich gewachsen.

Anke Dreckmann

Windkraft legt weiter zu

Die Windenergie wurde mit einem Zuwachs von 8,5 Gigawatt (GW) Kraftwerksleistung erstmals Nummer Eins beim Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten in Europa. Diese positive Bilanz zog die European Wind Energy Association (EWEA).

Die Windkraft löste 2007 den bisherigen Spitzenreiter Gas beim Kraftwerksneubau ab. Beim Gas liegen die Neukapazitäten mit 8,2 GW knapp unter der Windkraft. Andere Formen der Stromerzeugung spielen beim Neubau in Europa nur eine marginale Rolle. Bei Kohle und Atomkraft schrumpften 2007 die Kapazitäten sogar um 750 bzw. 1.200 Megawatt (MW).



Insgesamt sind in Europa derzeit Windkraftanlagen mit 56,5 GW Leistung installiert. Damit seien 119 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom erzeugt worden. Dies entspricht allerdings nur etwa 20 Prozent des deutschen Stromverbrauchs. Etwa 90 Millionen Tonnen des Treibhausgases CO₂ werden so vermieden. Das entspricht in etwa den Treibhausgasemissionen von Österreich. Deutschland steht mit 22 GW installierter Windleistung weiter unangefochten an der Spitze in Europa. Das Land produziert fast 40 Prozent des europäischen Windstroms. Den größten Zuwachs verzeichneten 2007 die Bundesländer Niedersachsen (368 MW), Sachsen-Anhalt (253 MW) und Brandenburg (231 MW).

EU-Spitzenreiter beim Neubau war 2007 mit 3,522 GW zusätzlicher Windleistung aber Spanien. Mit gut 15 GW liegt das Land nun an zweiter Stelle. Deutliche Zuwächse verzeichneten Frankreich (888 MW), Italien (603 MW) und Portugal (434 MW), wo inzwischen 2,5, 2,7 bzw. 2,2 GW Windleistung installiert sind. Auf Zypern, Malta und in Slowenien wird die Windkraft noch ignoriert.

Insgesamt fällt die Bilanz des Windenergieverbands nicht nur positiv aus. »Der Markt ist um 12 Prozent im Vergleich zu 2006 gewachsen, doch wenn man Spanien ausklammert, ergibt sich für die Windenergie in Europa eine leichte Abnahme«, erklärte Christian Kjaer, Vorstandsvorsitzender der EWEA. In Österreich etwa gab es 2007 nur 17 MW Zuwachs. Ein neues Öko-Stromgesetz verschlechterte die Rahmenbedingungen. 2003 und 2006 seien jährlich noch durchschnittlich 200 MW zugebaut worden. In der Slowakei, Lettland, Luxemburg, Rumänien, Ungarn und Litauen gab es auf bereits niedrigem Niveau kaum Zuwachs.

Außerhalb von Europa ging es 2007 mit einer Wachstumsrate von 30 Prozent kräftig aufwärts mit der Windenergie. 2007 wurden insgesamt 20 Gigawatt neue Windleistung installiert, gab der Global Wind Energy Council bekannt. Weltweit werden danach nun 94 GW Windstrom erzeugt. Den stärksten Zuwachs verzeichnete China. Von derzeit existierenden Anlagen mit 6 GW Gesamtleistung wurden 2007 Kapazitäten von gut 3,4 GW errichtet, die Leistung hat sich also mehr als verdoppelt. Mit 5,2 GW Zuwachs erreichten die USA die größte nominale Steigerung, ein Plus von 45 Prozent. Auch in Indien ist das Wachstum groß, die installierte Windleistung stieg von 6,2 auf 8 GW.

Von Raff Streck in Neues Deutschland; 11. Februar 2008

Am Netz: Parabolrinnenkraftwerk in Spanien

Für Wissenschaftler und Klimaschützer ist sie ein wichtiger Baustein zur Lösung der Energieprobleme: die Solartherme-Technik zur Stromerzeugung aus Sonnenkraft. Für den Mainzer Schott-Konzern ist sie ein Markt mit hohem Wachstumspotenzial. In Spanien geht das erste kommerzielle Parabolrinnenkraftwerk Europas am 30. Juni ans Netz.



Am Fuße der schneebedeckten Gipfel der Sierra Nevada in Andalusien sieht es futuristisch aus. Endlos scheinen die Reihen gekrümmter Spiegel in diesem Niemandsland zu stehen, nur 50 Kilometer entfernt voll Granada. Flankiert werden diese Parabolrinnen von Windkraftanlagen, die an dieser Stelle niemanden stören. 510.000 Quadratmeter groß ist das Kollektorfeld von "Andasol 1", dem ersten industriellen solarthermischen Kraftwerk auf europäischem Boden. Die Leistung beträgt 50 Megawatt, 179 Millionen Kilowattstunden Strom soll die Anlage jährlich erzeugen, das reicht für 50.000 Haushalte. In den USA kam diese Technik vor 20 Jahren zum ersten Mal zum Einsatz. Der Wunsch nach mehr Unabhängigkeit vom Erdöl trieb die Entwicklung der jetzigen Kraftwerksgeneration voran, im vergangenen Jahr ging dort das erste Parabolrinnenkraftwerk neuer Generation ans Netz.

"Andasol 1" ist 300 Millionen Euro teuer und wurde von der Solar Millennium AG entwickelt. Das Unternehmen aus Erlangen ist spezialisiert auf solarthermische Kraftwerke und baut nach eigenen Angaben bereits am Nachbarwerk "Andasol 2". "Andasol 3" ist in Planung. Die Parabolspiegel stammen von der Flabeg Holding GmbH in Fürth. Die Receiver, jene Röhren aus Glas und Metall, in denen das gesammelte Sonnenlicht ein Öl auf bis zu 390 Grad Celsius erhitzt, kommen zur Hälfte von Schott. Die andere Hälfte hat der einzige Mitbewerber für diese Bauteile, Solel Solar Systems Ltd., Israel, geliefert. Der spanische Baukonzern ANC Cobra betreibt das Kraftwerk, eine Beteiligung von Solar Millennium wird geprüft.

Bei solarthermischen Kraftwerken fliegt das heiße Öl durch Wärmetauscher. Dadurch wird Dampf erzeugt, der wie in konventionellen Kraftwerken Turbinen antreibt. Über einen Wärmespeicher kann das Kraftwerk noch bis zu 7,5 Stunden in der Nacht Strom erzeugen. Das spanische Energiegesetz garantiert eine Einspeisevergütung für solarthermisch erzeugten Strom von 27 Cent je Kilowattstunde über 25 Jahre. Die Förderung ist auf eine Kraftwerksleistung von 500 Megawatt gedeckelt. Für Strom aus Photovoltaik-Anlagen gibt es 44 Cent. In Deutschland liegt der höchste Preis für Photovoltaik-Strom aktuell bei knapp unter 50 Cent.

Schott-Chef Udo Ungeheuer sieht in den solarthermischen Kraftwerken einen großen Zukunftsmarkt. Sein Unternehmen habe für die nächsten zwei Jahre so viele Aufträge, dass ein Teil der Produktionskapazität erst noch aufgebaut werden müsse, sagt Ungeheuer. Bis 2010 ist angestrebt, jährlich Receiver für 1000 Megawatt Kraftwerksleistung herzustellen.

Produziert wird im bayerischen Mitterteich und in Spanien. Im Bau ist ein weiteres Werk in den USA. Neben den USA und Spanien haben nach Schott-Angaben Ägypten, Marokko, Algerien und Abu Dhabi Interesse an der Kraftwerkstechnik gezeigt. Dass sie preiswerter werden muss, um nach der staatlichen Anschubfinanzierung mit konventionellen Kraftwerken konkurrieren zu können, ist laut Ungeheuer einkalkuliert. Forschung und Weiterentwicklung liefen parallel, sagt er.



Was optimal ist für Wüsten oder schwach besiedelte Regionen in den sonnenreichen Ländern, geht in Deutschland nicht: Die Sonneneinstrahlung ist zu gering, um Parabolrinnenkraftwerke zu betreiben. Nach den Vorstellungen der Schott-Solarexperten kann der saubere Strom importiert werden. Derzeit ist Deutschland Strom-Exportland, dank eingeführter Rohstoffe wie Öl und Gas. Vergangenes Jahr wurden 14 Milliarden Kilowattstunden mehr aus- als eingeführt. Für den Import aus den Sonnen-Regionen müssten Hochspannungs-Gleichstrom-Netze aufgebaut werden. Diese verlieren weniger Strom beim Transport als herkömmliche Wechselstrom-Netze. Fachleute sprechen von 5 Prozent pro 1.000 Kilometer Entfernung.

Karl Kellen, Energieexperte aus dem Mainzer Umweltministerium befürwortet den Aufbau dieser Netze. Nötig seien sie für Offshore-Windkraftanlagen. Beim Import von Sonnenstrom ist er skeptisch und verweist auf die Gefahr von Terror-Anschlägen. "Wenn sich die Regionen selbst auf diese Weise versorgen, ist energetisch viel gewonnen", sagt Keilen. Deutschland setzt er auf den Ausbau der Photovoltaik und auf die Nutzung anderer regenerativer Energiequellen.

Rheinpfalz vom 19.3.08

Klärschlamm als Energiequelle

Wohin mit belastetem Schlamm aus den Kläranlagen? Ein großer Teil der Klärschlämme wird auf Feldern verteilt. Diese Art der Entsorgung ist wegen der enthaltenen Schadstoffe problematisch und wird durch Vorschriften immer mehr eingeschränkt. Ein neues Projekt weckt Hoffnungen, dass Klärschlamm bald kostengünstig und umweltverträglich verwertbar ist.

Ein Forschungsprojekt könnte den Durchbruch bei der Verwertung von Klärschlamm bringen: In einer neu entwickelten Pyrolyse-Anlage werden getrocknete Klärschlämme umweltfreundlich zersetzt, wobei verwertbare Wärmeenergie entsteht. Rund 250.000 Euro hat das mit Landesmitteln geförderte Projekt bislang gekostet, das von einem Ingenieurbüro aus Simmern (Rhein-Hunsrück-Kreis) geleitet wird.

Wohin mit dem Klärschlamm? Diese Frage stellt Betreiber von Klärwerken vor zunehmende Schwierigkeiten. Wegen der Schadstoffe schränkt der Gesetzgeber die "Endlagerung" auf Feldern zunehmend ein. Andererseits ist mit der höheren Qualität der Abwasserreinigung auch die Schlammmenge stetig gestiegen.

Auf der Suche nach Lösungen für dieses Dilemma kamen das im nördlichen Rheinland-Pfalz vertretene Ingenieurbüro Siekmann und Partner und die Fachhochschule in Bingen zusammen. An der FH entwickelte der aus Simmern stammende Professor Winfried Sehn im Rahmen eines Forschungsprojektes ein Verfahren zur thermischen Verwertung von Brennstoffen mit hohem Stickstoff- und Ascheanteil. Darunter fallen beispielsweise Stroh, gepresster Raps, Grünschnitt – aber auch Klärschlamm.



Diese Tatsache machte das Verfahren für das Ingenieurbüro Siekmann interessant, das schon länger an Lösungen für die Verwertung von Klärschlamm arbeitet. Aus der Kooperation mit der FH Bingen erwuchs die Pyrolyse-Forschungsanlage, die auf dem Gelände der Ingelheimer Kläranlage "Untere Selz" installiert wurde. Dieser Standort wurde gewählt, weil in Ingelheim Klärschlamm getrocknet wird. Das Forschungsprojekt ist gezielt auf die in Rheinland-Pfalz überwiegend verbreitete Klärwerkgröße für Einwohnerwerte zwischen 5.000 und 15.000 zugeschnitten.

Die gesamte Pyrolyse-Anlage findet in einem marktüblichen Seecontainer mit einer Grundfläche von 2,5 mal 3,2 Metern Platz. Den nötigen Metallbau übernahm das Hunsrücker Handwerksunternehmen Scherer in Gemünden, die Elektrotechnik schneiderte Christoph Kalina auf die Erfordernisse zu.

Seit rund vier Wochen fährt der Pyrolyse-Reaktor im manuellen Forschungsbetrieb. Jetzt arbeitet das Team daran, die Abläufe für einen automatisierten Betrieb zu optimieren. In Kürze werden die Emissionen der Anlage von unabhängigen Gutachtern geprüft - das ist die Grundlage für eine Betriebsgenehmigung. "Wenn wir diese Hürde meistern, stehen wir sehr gut da", blickt der für die Verfahrensentwicklung zuständige Nackenheimer Helmut Gerber voraus. Sollten die Auflagen eingehalten werden, wird der Reaktor über Monate im Dauerbetrieb getestet. Die bisherigen Erfahrungen geben viel Grund zum Optimismus.

Im nächsten Jahr die könnte die Anlage vermarktbar sein", hofft Stefan von Wickert von der Simmerner Projektleitung. Sollte es der Reaktor zur Serienreife bringen, könnte die Anlage für viele Kommunen interessant sein. Und zukunftsgerichtet, denn "solange es Menschen gibt, wird Klärschlamm zu entsorgen sein", sagt Wickert.

Neben der Verwertung der Klärschlämme hat das Projekt aus Sicht der Entwickler zwei weitere Pluspunkte: Bei der umweltgerechten Verbrennung der Pyrolysegase entsteht Wärme, die auf verschiedene Weise genutzt werden kann. Zudem kann die Asche im Idealfall als Dünger und Bodenverbesserer eingesetzt werden.

Die organischen Bestandteile des Klärschlammes - und damit problematische Krankheitserreger - werden durch die hohen Temperaturen im Reaktor abgetötet. Im "Aschenkasten" landen mineralische Stoffe, darunter der Dünger Phosphor, dessen Vorkommen weltweit schwindet. Auch dem nachlassenden Kohlenstoffgehalt von landwirtschaftlich genutzten Böden könnte im Idealfall mit der Reaktorasche abgeholfen werden. Die Verwendbarkeit als Bodenverbesserer prüft derzeit ein weiteres Forschungsprojekt.

"Ob die Asche belastet ist, hängt von der Qualität des Klärschlammes ab", erläutert Gerber. Er ist optimistisch, dass der "Pyrolyserest" der! meisten Klärwerke unbedenklich ist und als Dünger nutzbar wäre. Im ländlichen Raum ist die Qualität der Klärschlämme eher gleichbleibend", so Gerber.

Rhein-Zeitung vom 16.4.08



Strom aus Stoff

US-Wissenschaftler haben ein Verfahren entwickelt, das im Wortsinn zu elektrisieren der Kleidung verhelfen kann. Schon der Herzschlag des Trägers, Schritte oder ein leichter Wind reichen aus, um winzige, an textilen Mikrofasern angebrachte Nanodrähtchen zu bewegen und aus deren Verformung Strom zu gewinnen. Etwa ein Quadratmeter ihres Stoffs reichen aus, um bis zu 80 Milliwatt Strom zu erzeugen - genügend für elektronische Kleingeräte wie Handys oder auch kleine militärische Sensoren, berichten die Wissenschaftler. Das Verfahren sei so robust, dass die damit ausgerüsteten Stoffe hochbeweglich, faltbar und tragbar seien. Aber auch etwa bei Zeltleiwänden könne die Technik zum Einsatz kommen.

Mitteldeutsche Zeitung vom 16.2.08

Fördergelder fürs Sparen

Das Bundeswirtschaftsministerium und die KfW-Förderbank haben den "Sonderfonds Energieeffizienz in KMU" aufgelegt. Mit dem Programm wird die Energieeffizienz von kleinen und mittleren Unternehmen gefördert. Es gibt Zuschüsse von bis zu 80 Prozent der Kosten für fachkundige und unabhängige Energieberatung. Berater, die daran teilnehmen wollen, können sich im Internet in der KfW-Beraterbörse unter www.kfwberaterboerse.de registrieren lassen.

Damit die Einsparpotenziale auch realisiert werden, stellt die KfW den Unternehmen zinsgünstige Darlehen für Investitionen zur Verfügung. Gefördert werden Maßnahmen, mit denen eine Energieeinsparung von mindestens 15 Prozent beziehungsweise 20 Prozent erzielt wird. Mitfinanziert werden bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionskosten, maximal zehn Millionen Euro.

Experten schätzen, dass sich mit heute verfügbaren Techniken etwa 20 Prozent des derzeitigen Energieverbrauchs in diesen Unternehmen wirtschaftlich einsparen lassen.

Energiedepesche 01/08

Energieeffizienz in Unternehmen wird gefördert

Ab dem 15. Februar bietet die KfW-Förderbank das neue Produkt "Sonderfonds Energieeffizienz in kleinen und mittleren Unternehmen" an, teilt die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises mit. Der "Sonderfonds" besteht aus den beiden Komponenten "Investitionskredite für Energieeinsparmaßnahmen" und "Zuschüsse für Energieberatungen".



Das Energieeffizienzprogramm dient der Erschließung von Energieeffizienzpotentialen in kleinen und mittleren Unternehmen. Antragsberechtigt sind in- und ausländische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, freiberuflich Tätige sowie Unternehmen, die im Rahmen einer Contracting-Vereinbarung Energiedienstleistungen für Dritte übernehmen.

"Gefördert werden alle Maßnahmen, die Energieeinspareffekte von mindestens 15 Prozent bei Neuinvestitionen und 20 Prozent bei Ersatzinvestitionen erzielen, z.B. in den Bereichen Haus- und Energietechnik, Maschinenpark oder Informations- und Kommunikationstechnik", erklärt Hans-Peter Schomisch von der Wirtschaftsförderung des Kreises. Gefördert wird auch die Sanierung eines Gebäudes auf das Neubau-Niveau der Energieeinsparverordnung (EnEV) bzw. der Neubau eines Gebäudes, wenn das Neubau-Niveau nach EnEV um mindestens 30 Prozent unterschritten wird. Finanziert werden können bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionskosten, maximal zehn Millionen Euro. Für Energieeffizienzberatungen in Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft stehen ab 15. Februar ebenfalls Zuschüsse zur Verfügung.

Mit der Gewährung von Zuschüssen für die Durchführung unabhängiger und qualifizierter Energieberatungen sollen Informationsdefizite über betriebliche Energieeinsparpotenziale bei kleinen und mittleren Unternehmen abgebaut werden. "Antragsberechtigt sind rechtlich selbstständige in- und ausländische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie freiberufliche Tätige", so Schomisch. Gefördert werden eine Initialberatung (Erstberatung) und eine Detailberatung (vertiefende Energieanalyse).

Der Zuschuss für eine höchstens zweitägige Initialberatung beträgt 80 Prozent des maximal förderfähigen Tageshonorars in Höhe von 800 Euro. Für eine Detailberatung werden 60 Prozent der Bemessungsgrundlage, höchstens 4.800 Euro als Zuschuss gewährt.

Informationen gibt es bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft am Mittelrhein, Bahnhofstraße 9, 56068 Koblenz. Ansprechpartner ist Hans-Peter Schomisch, Telefon 0261/108-282, E-Mail hans-peter.schomisch@wfg-myk.de.

EVM: Geld für Gas

Die Umstellung von 7.300 alten Heizungen auf effizientere Anlagen hat die Energieversorgung Mittelrhein (EVM) in den vergangenen acht Jahren bei Geschäfts- und Privatkunden gefördert. Ab dem 1. April gibt es ein neues Förderprogramm, für das der Energieversorger insgesamt 400.000 Euro bereitstellt. Ziel der EVM ist es, dass rund 560 Privathaushalte ihre mindestens 15 Jahre alten Heizungen auf den Energieträger Erdgas umstellen.



Für den Einbau eines Erdgas-Brennwertkessels in Kombination mit einer Solar-Anlage winkt einem Einfamilienhausbesitzer eine Fördersumme von maximal 2.845 Euro. Diese Stimme entspricht, so die EVM, rund 20 Prozent der Anschaffungskosten. Neben der Förderung von effizienten Heizsystemen (Brennwert- und Solartechnik, Gas-Wärmepumpen oder Mini-Block-Heizkraftwerken) will die EVM in diesem Jahr noch in Nickenich ein Blockheizkraftwerk errichten. Die Rohstoffe für diese Anlage sind Mais, Hirse, Weizen, Grünsilage und Gülle. Das Blockheizkraftwerk soll Strom für 6.000 und Wärme für 1.000 Privathaushalte liefern. Damit will die EVM den Kohlendioxidausstoß in unserer Region um 9.500 Tonnen pro Jahr senken. Zusammen mit den Einsparungen im Rahmen des neuen Förderprogramms ergäbe dies eine Senkung des Kohlendioxidausstoßes von insgesamt 13.980 Tonnen pro Jahr. Anträge für Förderprämien gibt es im EVM-Kundenzentrum und unter www.evm-koblenz.de.

Rhein-Zeitung vom 29.3.08

Klimaschutz durch erneuerbare Energie

Die Zahlen sind beachtlich: Drei von vier Westerwäldern könnten sich theoretisch für ihren privaten Bedarf mit erneuerbaren Energien versorgen. Das geht aus dem von der Kreisverwaltung auf Antrag der CDU-Kreistagstraktion vorgelegten "Bericht zur Nutzung erneuerbarer Energien im Westerwaldkreis" hervor.

Demnach wurden im Jahr 2006 im Kreis 154 Millionen Kilowattstunden Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt. Denn bei einem privaten Verbrauch von durchschnittlich circa 1.000 Kilowattstunden pro Einwohner und Jahr könnten 154.000 Einwohner also rund 75 Prozent - allein mit sauberem Strom aus Biomasse, Wasserkraft, Fotovoltaik, Solarthermie, Windkraft sowie Geothermie versorgt werden.

Allein die thermische Energieleistung von Biogasanlagen, Sonnenkollektoren und Erdwärmepumpen wird hierbei gar nicht berücksichtigt.

"Spitzenreiter" in den Produktionsarten mit 61 Prozent Anteil ist die Windenergie, gefolgt von der Energieerzeugung aus Biomasse (35 Prozent). Der Anteil der übrigen Produktionsarten wie Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie etc. spielt keine so große Rolle, besitzt dennoch großes Entwicklungspotential. Die größte Menge an erneuerbarer Energie (59 Prozent) wird in der VG Rennerod produziert, gefolgt von Bad Marienberg (15 Prozent), Hachenburg (13 Prozent) und Selters (6 Prozent).

Bei der Windenergieerzeugung nimmt der Kreis zwar landesweit den zweiten Platz gemessen an der Zahl der Anlagen, aber nur den sechsten Platz in Bezug auf die installierte Leistung ein. Hier liegt ein besonderes Steigerungspotential im so genannten Repowering. Viele alte, wenig effiziente Anlagen werden durch wenige leistungsstarke ersetzt.



Auch zukünftig wird der Westerwaldkreis mit gutem Beispiel vorangehen und zum Klimaschutz beitragen und kreiseigene Gebäude mit Photovoltaikanlagen ausstatten. Ein aktuelles Projekt: Die im Bau befindliche Berggarten-Schule in Siershahn wird nach ihrer Fertigstellung mit Erdwärme geheizt werden.

Lokal-Anzeiger vom 16.4.08

Honda präsentiert Umwelt-Auto

Mitte November stellt Honda seinen neuen FCX vor. Die Besonderheit: Die Limousine aus Japan fährt nicht mit Benzin oder Diesel, sondern sie gewinnt ihre Energie aus einer Brennstoffzelle.

Von außen sieht der FCX ziemlich futuristisch aus, aber das kennt man ja von Honda. Der aktuelle Civic ist dafür ein gutes Beispiel. Doch bei dem Einzelstück FCX ist nicht nur die Optik ungewöhnlich. Die viersitzige Mittelklasse-Limousine leistet 129 PS und kostet trotzdem rund 1.000.000 (!) Euro. Für den Preis kann man auch einen Supersportwagen mit deutlich mehr Leistungspotenzial kaufen. Erhältlich ist der FCX jedoch (noch) nicht.

Das Brennstoffzellen-Auto ist ein Einzelstück, mit dem die Japaner die Umsetzbarkeit des umweltfreundlichen Antriebs beweisen wollen. Honda ist überzeugt von der Technik. Gerade hat das Unternehmen angekündigt, dass es auf der Autoshow in Los Angeles am 14. November die endgültige Serienversion seines Brennstoffzellen-Wagens vorstellen wird. Sie soll bereits 2008 in den USA und in Japan erhältlich sein. Jährlich sollen dort bis zu 100 der Wasserstoffautos bei ausgewählten Kunden oder bei prominenten Schauspielern den Alltagstest absolvieren.

Honda ist zurzeit der einzige Autohersteller, dessen Brennstoffzellen-Fahrzeug alle Zertifizierungen, Emissionsvorgaben und Sicherheitsstandards in den USA erfüllt. In Deutschland wird das Auto wohl erst 2010 über die Straße rollen, vorausgesetzt die Tankstelleninfrastruktur verbessert sich. Aktuell gibt es deutschlandweit etwa 20 Wasserstoff-Tankstellen, davon ist aber weniger als die Hälfte öffentlich zugänglich.

Und wie fährt sich nun der FCX? Erstmals scheint alles wie gewohnt zu sein. Das Auto unterscheidet sich im Innenraum nicht von normalen Pkw. Man setzt sich rein, drückt den Starterknopf, blaue und grüne Anzeigen leuchten auf und man gibt Gas: Doch bereits mit einem leichten Druck aufs Pedal geht der Wagen ab wie Schmitz' Katze: Und zwar ebenso leise wie die Gattung der Felidae sich bewegen kann. Statt eines Motorengeräuschs kommt bei den Insassen nur ein Pfeifton an. Dieser resultiert aus dem Kompressor, der die Brennstoffzelle mit frischer Luft versorgt.



Für den überraschend flotten Vortrieb sorgen drei von der Brennstoffzelle mit Strom versorgte Elektromotoren. Ein Aggregat treibt die Vorderachse an, zwei Radnabenmotoren sorgen an den Hinterrädern für Bewegung. Gemeinsam leisten die Aggregate 95 kW/129 PS und beschleunigen den Japaner auf 160 km/h. Die Reichweite liegt bei 570 Kilometern.

Das eigentliche Fahren ist ganz unspektakulär. Der FCX fährt sich fast wie ein normales Auto. Aber es gibt noch einige Probleme im Alltagsbetrieb zu meistern. Aus welchen primären Energien kann der Wasserstoff umweltfreundlich gewonnen werden? Und wie sieht es mit der Zuverlässigkeit der Brennstoffzelle aus?

Bis zur problemlosen Alltagstauglichkeit werden die Honda-Techniker sicher noch einige Jahre tüfteln. Und da sind sie nicht allein. Auch BMW, Mercedes, GM oder Toyota investieren viel Geld in die Erforschung dieser Technik.

Rhein-Zeitung vom 3.11.07

Wärme aus der Nordsee

Wenn es ums Wasser geht - es zu bändigen, zu nutzen oder mit ihm zu leben -, gehören Niederländer zweifellos zur Weltspitze. Sie haben nicht nur einen Großteil ihres eigenen Landes der Nordsee abgerungen und durch ein weltweit einmaliges Deichsicherungssystem vor den Fluten des Meeres geschützt. Sie bauen auch derzeit in Dubai künstlichen Inseln wie "The Palm" oder "The World".

Nun wollen sie mit Hilfe von Nordseewasser Häuser beheizen. Genauer gesagt: im Winter heizen, im Sommer kühlen, also die Nordsee als Klimaanlage nutzen.

Ein Haager Ingenieurbüro hat zu diesem Zweck ein Pump- und Heizungssystem entwickelt, das Nordseewasser als Wärmespeicher nutzt. Denn im Winter ist das Meerwasser in der Regel viel wärmer als die Luft und fast immer im zweistelligen Celsius-Bereich - durchschnittlich meistens wärmer sogar als 12 Grad Celsius. Dieser Temperaturunterschied sollte nutzbar gemacht werden, dachten sich niederländische Ingenieure. Über ein Leitungssystem wird deshalb Wasser aus der Nordsee in eine Wärmезentrale gepumpt. Dort wird es auf rund 21 Grad erwärmt, um dann über ein weiteres Rohrsystem in Wohnhäuser geleitet zu werden in denen es dann, auf etwa 70 Grad erhitzt, Wohnräume erwärmt.

Der Clou an der Sache: Die Wärmезentrale, die das Nordseewasser aufwärmt sowie die Wärmepumpen in den Wohnhäusern werden durch Windkraft angetrieben. Auch versorgen sie die Wohnanlagen gleichzeitig mit dem nötigen Strom, um das Wasser zu erwärmen.



Im Sommer folgt die Umkehr. Dann braucht man keine Wärmezentrale mehr, sondern kann das Nordseewasser direkt in die Radiatoren einspeisen. Diese kühlen die Luft ab. In der heißen Jahreszeit sind die Fluten der Nordsee in der Regel kaum wärmer als 20 Grad - von einigen sehr heißen Sommern, wie etwa im Jahr 2003, ab gesehen. "Ein weiterer Vorteil an diesem System ist, dass es völlig CO₂-neutral ist", erklärt Paul Stoelinga vom Ingenieurbüro Deerns das Prinzip. Die Stadtverwaltung von Den Haag hat bereits grünes Licht für die Durchführung des Pilotprojektes gegeben. Es soll noch in diesem Jahr anlaufen und rund 800 Häuser ab dem kommenden Winter heizen. Die Häuser und Wohnungen, die an das neue Wärmesystem angeschlossen werden, sollen allesamt Neubauten sein und in dem Pilotprojekt einen geschlossenen Kreislauf bilden.

Meerwasser wird den Angaben Stoelingas zufolge bisher nirgendwo auf der Welt zum Heizen eingesetzt. "Das wird eine Weltpremiere", freut sich der Fachmann. Inzwischen gibt es, wie Stoelinga erklärt, sogar schon Anfragen aus den USA und aus Südkorea. Dort wartet man zunächst ab, wie die "Nordsee-Klimaanlage" im Praxistest funktioniert.

Rheinpfalz vom 2.2.08

Keine Laufzeitverlängerung für Biblis A

Das Atomkraftwerk (AKW) Biblis A darf nicht länger laufen als im Atomkonsens vereinbart. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel untersagte gestern dem Energiekonzern RWE, festgelegte Strommengen-Kontingente des stillgelegten AKW Mülheim-Kärlich auf Biblis A zu übertragen.

Das Gesetz sehe die gewünschte Strommengen-Übertragung nicht vor, so das Gericht. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Verfahrens ließen die Richter die Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zu.

Das Bundesumweltministerium hatte die Anträge von RWE und Vattenfall zur Übertragung der Restlaufzeit abgewiesen. Dem Atomausstiegsgesetz aus dem Jahre 2002 zufolge ist es unter bestimmten Voraussetzungen möglich, Strommengen von einem Atomkraftwerk auf ein anderes zu übertragen und damit dessen Laufzeit zu verlängern. Die Reststrommengen des 1988 stillgelegten AKW Mülheim-Kärlich dürfen laut einer Fußnote auf andere Meiler übertragen werden - Brunsbüttel und Biblis A sind dort jedoch nicht genannt. Deswegen wies das Ministerium die Anträge ab.

Der VGH erklärte, die grundgesetzlich geschützte Eigentumsgarantie werde nicht verletzt. Nach dem Atomkonsens hätte Biblis A ursprünglich bereits 2007 stillgelegt werden sollen. Nun muss es wohl in diesem Jahr, spätestens aber 2009 vom Netz. (Aktenzeichen: 6 C 883/07.T)

Rheinpfalz vom 28.2.08



Solarpark in Größe XL

Die Verbandsgemeinde (VG) Schweich wird immer mehr zu einem Zentrum der Solar-energie: Riesige Photovoltaikfelder arbeiten schon bei Longuich und auf der Mehlinger Höhe. Die vorerst gewaltigste Anlage soll nun auf der Kenner Sang an der B 52 entstehen.

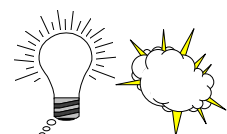
Eigentümerin des rund 30 Hektar großen Geländes ist die Gemeinde Kenn. Mit dem Beschluss, die Fläche für 20 Jahre an die Bürgerservice GmbH Trier zu verpachten, gab der Ortsgemeinderat Kenn nun das Startzeichen zum Bau des zurzeit größten Solarparks in Rheinland-Pfalz. Anfang August soll die Anlage in Betrieb gehen.

Kooperationspartner des Bürgerservice ist die süddeutsche Phoenix Solar Energy Investments AG. Nach dem Bau der Drei-Megawatt-Anlage bei Longuich ist der Kenner Solarpark das zweite gemeinsame Großprojekt von Bürgerservice und Phoenix AG. Bürgerservice-Geschäftsführer Horst Schneider und Projekt-Manager Jürgen Dauer von Phoenix weisen in dem Zusammenhang auf einen kürzlich geschlossenen Rahmenvertrag hin. In ihm verpflichtet sich der Bürgerservice, in den kommenden zwei Jahren im Großraum Trier, Rheinland-Pfalz/Saarland geeignete Standorte für Solarprojekte zu suchen und zu entwickeln.

Geschäftsführer Schneider: "Mit dem neuen Projekt und der vereinbarten Kooperation können wir weitere Arbeitsplätze schaffen oder langfristig sichern." Neben der Modulmontage übernehme die Bürgerservice GmbH Arbeiten im Tiefbau, Zaun- und Landschaftsbau sowie die Projektbetreuung. Hinzu kämen alle künftig anfallenden Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten.

Nach Angaben von Projektentwickler Edelbert Bach vom Bürgerservice war man bei der vereinbarten Standortsuche auf die Kenner Sang aufmerksam geworden. Nur durch die B 52 nach Hermeskeil getrennt, schließt das Gelände unmittelbar an das schon bestehende Longuicher Solarkraftwerk an. Mit 7,5 Megawatt Leistung aus über 100.000 Solarzellen erzeugt, wird die neue Anlage ihre Longuicher Nachbarin um mehr als das Doppelte übertreffen.

Die kommunalpolitischen Hintergründe erläutert der Kenner Ortsbürgermeister Manfred Nink. Dabei hebt er insbesondere die Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde Longuich hervor, auf deren Gemarkung die Kenner Sang liegt. Daher kann das planrechtliche Verfahren nur von der Gemeinde Longuich eingeleitet werden. Die Gemeinde Kenn musste indessen als Eigentümerin der Flächen Pachtauflösungsverträge mit fünf Landwirten abschließen. Nink: "Natürlich waren die Betroffenen am Erhalt ihrer Flächen interessiert. Sie wussten aber auch, dass Kenn so ein Angebot nicht ausschlagen kann. In einem Fall haben wir Ersatzflächen bereitgestellt, weil der Betreffende sonst wegen eines zu geringen Bewirtschaftungsvolumens aus der Förderung geflogen wäre."



Die vor 20 Jahren gegründete **Bürgerservice** GmbH ist ein Unternehmen mit sieben Betriebsstätten in der Region Trier und rund 400 Beschäftigten. Das gemeinnützige Unternehmen nimmt sich Menschen an, die auf dem regulären Arbeitsmarkt geringe Chancen haben. Ziel ist es, diese Personen mit Hilfe von bezuschussten Projekten und Maßnahmen zu qualifizieren, zu beschäftigen und in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Darüber hinaus bietet der Bürgerservice Arbeitsplätze und Ausbildungen im kaufmännischen und gewerblichen Bereich - insbesondere für Menschen mit Behinderungen.

Trierischer Volksfreund vom 13.3.08

Für und Wider Fotovoltaik

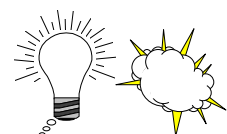
Landwirte der Region protestieren gegen die zunehmende Umwandlung wertvollen Ackerlandes in Fotovoltaik-Flächen. Konkreter Anlass ist eine geplante Großanlage, die auf Ausgleichsflächen auf dem Gelände des Industrieparks Region Trier in Föhren entstehen soll. Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland schließt sich da an.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland - kurz BUND - sei heilfroh, dass er für seine Einschätzung der Freiflächen-Fotovoltaik mit dem Bauernverband mehr Verbündete bekomme, heißt es in einer Mitteilung. Schon im März 2004 hat der Arbeitskreis Energie des Bunds Rheinland-Pfalz ein Positionspapier erstellt: Darin würden nur weitgehend denaturierte oder vorbelastete Flächen, die auch in absehbarer Zeit nicht in einen ökologisch vernünftigen Zustand gebracht werden können, als unbedenklich angesehen. Das wären unter anderem nicht-renaturierte ehemalige Mülldeponien und Parkplätze. Hierzu der BUND: "Einen Zugriff auf landwirtschaftlich genutzte oder naturbelassene freie Flächen brauchen wir nicht." Es gebe ausreichend unbedenkliche Freiflächen, die im Verbund mit allen geeigneten Dachflächen Sonnenstrom über den Bedarf hinaus produzieren könnten. An einer solch dezentralen Energieversorgung bestehe bei den großen Energiekonzernen augenscheinlich kein gesteigertes Interesse. Auch bevorzugten Investoren große Flächen. Aber warum dann keine Kollektoren etwa über Parkplätzen, wo sich die Nutzer über Schatten freuen würden.

Trierischer Volksfreund vom 21.2.08

Saar-Bergbau verliert zwei Standorte sofort

Die Steinkohleförderung im Saarland soll nach dem durch den Bergbau verursachten Erdbeben am 23. Februar wieder aufgenommen werden. Der Abbau von zwei Flözen soll aufgegeben werden, in zwei weiteren soll er bis 2012 fortgesetzt werden. Rund 3.200 Bergleute des Bergwerks Saar könnten ihren Job behalten. Aber rund 1.800 müssen gehen.



Pläne zu einer Abbauverlagerung stellte der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG (RAG), Bernd Tönjes, gestern in Saarbrücken der Belegschaft vor. Der Aufsichtsrat habe in einer Sitzung am Freitagabend beschlossen, einen entsprechenden Antrag bei der Regierung des Saarlandes zu stellen. Die RAG will den Abbau von Steinkohle in der Primismulde beenden. Dort war es zu den schweren Beben gekommen. Das gleiche gelte für den Abbau im Flöz Schwalbach in benachbarten Feldesteilen. Auf Basis der vorliegenden Gutachten könne bei einem weiteren Abbau in diesen sehr tief liegenden Bereichen "die Gefahr für Leib und Leben" nicht ausgeschlossen werden, erklärte die RAG.

Weiter sieht der Aufsichtsratsbeschluss vor, den Abbau im Flöz Grangeleisen so schnell wie möglich wieder aufzunehmen und im Flöz Wahlschied fortzusetzen. Stillgelegt werden sollen diese Minen im Jahr 2012, zwei Jahre früher als geplant. Grangeleisen ist nach Angaben der Landesregierung das einzige genehmigte Abbaugelände, das für eine Fortsetzung des Bergbaus in Betracht kommt.

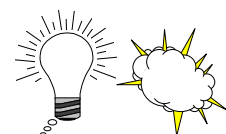
Durch die Pläne, die vorsehen, die Jahresproduktion an Saarkohle von vier Millionen Tonnen auf etwa 1,2 zurückzuführen, könnten zumindest kurzfristig etwa zwei Drittel der Arbeitsplätze im Saar-Bergbau erhalten bleiben, erklärte die RAG. Für die anderen würden sozialverträgliche Lösungen gesucht. 300 Auszubildende würden voraussichtlich nicht übernommen. Seit dem Erdbeben liegt der Bergbau in der Region lahm. Rund 3.600 Mitarbeiter wurden in die Kurzarbeit geschickt. Die vier großen Kohlekraftwerke an der Saar werden in Zukunft auf Importkohle angewiesen sein. Das Volumen der Saarkohle reicht zur alleinigen Befehuerung nicht mehr aus.

Der Chef der Gewerkschaft IG BCE, Hubertus Schmoldt, und der RAG-Betriebsrat stellten sich gestern hinter die Pläne der RAG. Schmoldt, der auch stellvertretender Aufsichtsratschef bei dem Konzern ist, forderte die Regierung von Ministerpräsident Peter Müller (CDU) auf, die Pläne "vorurteilsfrei zu prüfen und zügig zu einer Entscheidung zu kommen". Das wolle die Landesregierung tun, sagte Müller gestern Abend, doch auch der Abbau in Wahlschied und Grangeleisen dürfe keine Menschen gefährden.

Rheinpfalz am Sonntag vom 16.3.08

Mainzer Stadtrat gegen Kohlekraft

Mit einer knappen Mehrheit aus den Stimmen von CDU, Grünen und ÖDP hat der Mainzer Stadtrat am späten Mittwochabend den Bau des geplanten 840-Megawatt-Kohlekraftwerkes im Industriegebiet Ingelheimer Aue abgelehnt. Wegen des Meinungsumschwungs der CDU wurde damit ein Votum vom Januar 2007 revidiert. Bereits im März hatte sich die Stadtverordnetenversammlung von Wiesbaden gegen die Kraftwerkspläne gestellt. Die Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG (KMW) als Bauherr gehören mittelbar den Städten Mainz und Wiesbaden.



Dennoch bedeutet die Ablehnung in den Räten nicht das Aus für den Kohlemeiler. Die Mitglieder der Aufsichtsgremien sind nicht an Weisungen aus dem Stadtrat gebunden. Am Dienstag beginnt die Genehmigungsbehörde mit der Anhörung der Einwendungen.

Rheinpfalz vom 25.4.08

BUND deckt beim Erörterungstermin Ungereimtheiten auf

Nach Einschätzung des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz steht der Antrag der KMW AG zum Bau des Kohlekraftwerks auf wackeligen Beinen. Die KMW ist viele Antworten schuldig geblieben und hat sich in Widersprüche verstrickt.

So wies Dr. Werner Neumann (Sprecher des Bundesarbeitskreis Energie des BUND) darauf hin, dass das Müllheizkraftwerk auf der Ingelheimer Aue auf jeden Fall in die Betrachtung einbezogen werden muss - in den Antragsunterlagen wird es gar nicht erwähnt. Notwendig für die Durchführung des Verfahrens ist die Klärung der Eigentumsverhältnisse der benötigten Grundstücke. Aufgrund des neuen Mainzer Stadtratsbeschlusses, ist aber völlig offen, ob die Stadt ihre Grundstücke an die KMW verkaufen wird.

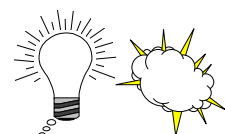
Das nach Bundesimmissionsschutzgesetz notwendige öffentliche Interesse ist aus Sicht des BUND nicht gegeben, da sich zwei Stadtparlamente und zehntausende Bürger gegen das Projekt ausgesprochen haben.

Die im Raum stehende Drohung der KMW auf 81 Mio. EUR Schadenersatzforderung belastet das Verfahren und setzt die Genehmigungsbehörde und alle Einwender auf unzulässige Weise unter Druck. Ein unbelastetes Vortragen der Sachargumente ist somit nicht mehr möglich. Der BUND fordert die Behörden auf, ähnlich wie im Land Hessen beim geplanten Kohlekraftwerk Staudinger, ein Raumordnungsverfahren durchzuführen.

Nach Ansicht des BUND wäre jeder der angeführten Punkte Grund genug, das Verfahren sofort zu beenden. Entsprechende Anträge wurden vom BUND an die SGD Süd gestellt.

Für berufstätige Einwender gibt es täglich ab 17:00 Uhr die Möglichkeit, unabhängig von der Tagesordnung, ihre Bedenken vorzutragen.

PM des BUND vom 30. April 2008



Regulierer kürzt Stromnetzentgelte

Die großen Überlandnetzbetreiber haben auch in diesem Jahr ihre beantragten Strompreisforderungen nicht durchsetzen können. Die Bundesnetzagentur kürzte die vorgeschlagenen Netzentgelte von drei der vier großen Betreiber um bis zu 29 Prozent. Wie die Regulierungsbehörde gestern in Bonn mitteilte, wurde beim Antrag von EnBW am stärksten gestrichen. RWE muss auf 28 Prozent des ab 1. Januar beantragten Entgelts verzichten, Vattenfall auf rund 15 Prozent. Der Antrag von Eon ist noch in Bearbeitung.

Die Bundesnetzagentur prüft die von den Unternehmen geltend gemachten Kosten für den Betrieb der Stromnetze und entscheidet dann, wie weit diese den Grundsätzen einer effizienten Leistungserbringung entsprechen. Für die Verbraucher dürften die Kürzungen der Netzentgelte für die Starkstromtrassen nur geringfügig niedrigere Strompreise bedeuten: Die Entgelte für diesen Sektor machen nur etwa 3 Prozent des gesamten Strompreises aus. Wesentlich wichtiger für den Verbraucher sind die Preise für die Verteilnetze. Die Kosten für Mittel- und Niederspannungsnetze machen etwa ein Viertel des Strompreises aus. Die Anträge für diese Netze, einige Hundert an der Zahl, sind noch in der Bearbeitung. Erste Entscheidungen seien in nächster Zeit zu erwarten, sagte eine Behördensprecherin.

Rheinpfalz vom 19.1.08

Marktübersicht zu Hackschnitzelkesseln

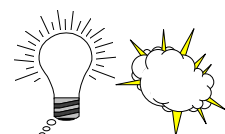
Ergänzend zu den Marktübersichten für Scheitholz- und Pelletheizungen gibt die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) eine von Herstellern unabhängige Marktübersicht zu Hackschnitzelkesseln heraus. Sie stellt 186 Modelle von 23 Herstellern anhand ihrer Typenblätter detailliert vor. Zusätzlich finden sich Infos zu Brennstoffen, Anlagentechnik und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sowie Adressen. Sämtliche ständig aktualisierte Daten stehen bereit unter www.bio-energie.de.

Die Übersicht erhalten Sie kostenlos als PDF unter www.fnr.de (>Literatur) oder gedruckt bei: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR), Hofplatz 1, D-18276 Gülzow, Fon 03843/69 300, Fax, 03843/69 30102, info@fnr.de

Mitteilungsblatt der VG Asbach vom 23.1.08

Umweltfreundliches Büro: Mein grüner Arbeitsplatz

Trotz Digitalisierung ist es nicht gelungen, die Zettelwirtschaft im Büro einzudämmen. Trotz E-Mail, Internet und elektronischen Medien steigt der Papierkonsum weiter an. Zwar gelten Büroarbeitsplätze als wenig umweltbelastend. Doch der Schein trügt.



Von der Rohstoffgewinnung über die Nutzung bis hin zur Entsorgung belasten Bürogeräte die Umwelt beträchtlich. Einiges davon, etwa ein hoher Stromverbrauch, verursacht zusätzliche Kosten. Rund drei Prozent des jährlichen Stromverbrauchs, knapp zwölf Milliarden Kilowattstunden, entfallen in Deutschland auf Bürogeräte, EDV-Anlagen und Kommunikationssysteme. Damit könnte eine Stadt wie Hamburg rund ein Jahr lang mit Strom versorgt werden. Für den eigentlichen Betrieb der Geräte ist nur ein kleiner Teil des gesamten Stromverbrauchs erforderlich: Der größte Teil wird im Leerlauf verschwendet, während das Gerät also nicht unmittelbar genutzt wird.

Ein Faxgerät beispielsweise benötigt nur etwa ein Fünftel des Stroms zum Senden und Empfangen, aber vier Fünftel für den Bereitschaftsmodus. Kopierer fressen nicht selten bis zu einem Viertel des Stroms im "Schein-Aus"-Zustand. Doppelt so viel wird verbraucht, während sich die Geräte im Bereitschaftszustand befinden, und nur ein Viertel des Stroms wird für das eigentliche Kopieren genutzt. Ein erheblicher Teil dieser Verschwendung könnte vermieden werden.

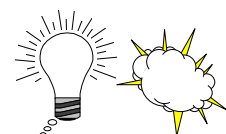
Wer beim Neukauf auf die Umweltverträglichkeit achten möchte, sollte auf Kennzeichen wie den Energy Star oder den Blauen Engel achten. Bewertet wird hier auch, ob effizientes Design die Wärmeemission niedrig hält.

Doch auch umweitschonende Kopierer und Drucker haben noch ihre Tücken: Im Normalbetrieb verbraucht ein Kopierer rund 0,8 Kilowattstunden - und das nicht nur für den eigentlichen Kopiervorgang. Die meiste Energie wird benötigt, um die Fixiereinheit warm zu halten. Durch konsequentes Nutzen der Stromsparfunktion wird der Verbrauch stark gesenkt. Und viele Systeme sind in zehn Sekunden wieder einsatzbereit. Durch die geringe Wärmeabgabe der umweltfreundlichen Geräte kann auf eine Klimaanlage verzichtet werden. So wird doppelt gespart. Außerdem lohnt es sich, die Systeme nicht mehr unmittelbar am Arbeitsplatz, sondern wenn möglich als Gruppen- oder Etagensysteme zu nutzen. Für Sie bedeutet das ein besseres Raumklima, geringe Feinstaubbelastung und welliger trockene Luft.

Fünf Tipps fürs nachhaltige Büro

1. Nutzen Sie Recyclingpapier. Denn bei dessen Herstellung wird im Vergleich zum Frischfaserpapier weniger Energie, Wasser und Ressourcen verbraucht und weniger Wasser belastet. Schon seit langem sind gute Recyclingpapiere nicht mehr von Frischfaserpapieren zu unterscheiden, besitzen eine gleichmäßig glatte Oberfläche, haben saubere Schnittkanten, sind angenehm weiß und gewährleisten gute Planlage und Laufeigenschaften.

2. Jedes Papier möglichst doppelseitig verwenden. Kopieren Sie doppelseitig oder verwenden Sie einseitig bedrucktes Papier auf der Rückseite als Konzept-, Schmier- oder Faxpapier. Verkleinern Sie das Format vor dem Kopieren und drucken Sie nur unbedingt Notwendiges aus. Versenden und archivieren Sie elektronisch. Laut einer Studie des Öko-Instituts belastet eine Rechnung per E-Mail die Umwelt fünf Mal weniger als der klassische Versand per Brief.



3. Wie viele Geräte werden benötigt? Drucker, Kopierer, Scanner und Fax lassen sich in einem sparsamen Multifunktionsgerät vereinen. Achten Sie schon beim Kauf der Geräte auf den Energieverbrauch, Energielabel wie der Energy Star, der Blaue Engel und EU-Umweltzeichen signalisieren hohe Effizienz der Geräte. Nutzen Sie deren Energiesparfunktion, denn meist sind sie nicht länger als 20 Minuten am Tag in Betrieb. Schalten Sie die Geräte außerhalb der Bürozeiten aus.

4. Achten Sie auf die Emissionen der Geräte. Ist Konzentration gefordert, sollten Bürogeräte einen Lärmpegel von 63 Dezibel nicht überschreiten. Andernfalls sollten Sie sie separat aufstellen. Achten Sie auch auf Staub- und Ozonemissionen. Lüften Sie regelmäßig und halten Sie ausreichend Abstand zu den Geräten.

5. Nutzen Sie wiederbefüllbare Tonerkartuschen. Eine angezeigte leere Kartusche ('Toner fehlt') erst schütteln, bis in der Tat kein Druck mehr möglich ist.

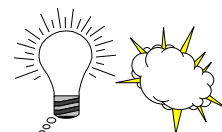
Weitere Tipps fürs umweltfreundliche Büro erhalten Sie unter www.blauerengel.de/downloads/Ratgeber_Buero.pdf

Mitteilungsblatt der VG Asbach vom 30.1.08

Deutscher Treibhausgas-Ausstoß um 2,4 Prozent gesunken

Milde Temperaturen und weniger Nachfrage nach Öl und Gas haben 2007 die Klimabilanz in Deutschland verbessert und dem Ziel des internationalen Kyoto-Protokolls bis 2012 nahegebracht. So ging der Ausstoß aller - auf Kohlendioxid (CO₂) umgerechneten - Treibhausgase im Vergleich zu 2006 um 24 Millionen auf 981 Millionen Tonnen zurück, ermittelte das Umweltbundesamt (UBA) in einer der Deutschen Presse-Agentur dpa vorliegenden Studie. Das entspricht einem Rückgang von 2,4 Prozent. Seit 1990 hat Deutschland seine Treibhausgasemissionen damit um 20,4 Prozent gesenkt. Das Land ist so nur noch wenig von den 21 Prozent entfernt, die es gemäß Kyoto-Protokoll bis 2012 erreichen muss. Negativ war 2007 die Bilanz der gesellschaftlich zur Zeit besonders umstrittenen Kohleverstromung.

Ein Teil der positiven Entwicklung 2007 gehe allerdings auf einmalige Preis- und Statistikeffekte zurück, schränkte der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troge, am Sonntag ein. «Ein weiterer Rückgang der Treibhausgasemissionen ist nur zu erwarten, wenn die von der Bundesregierung beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen konsequent umgesetzt werden», sagte er der dpa. «Grund für die geringeren CO₂-Emissionen sind vor allem eine gesunkene Nachfrage nach Öl und Gas infolge des starken Preisanstiegs für diese fossilen Energieträger sowie überdurchschnittliche Temperaturen. Das sind allerdings Einmaleffekte und kein Anlass, beim Klimaschutz nachzulassen.»



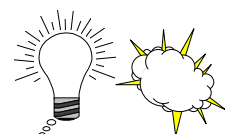
2007 konnte sich die aktuelle Klimaschutzgesetzgebung noch nicht auswirken. Diese soll dazu beitragen, dass das weitergehende deutsche Ziel 1990 bis 2020 erreicht wird, die CO₂-Emissionen um 40 Prozent zu verringern. Internationale Neuverhandlungen über ein Kyoto-Nachfolgeabkommen ab 2013 sollen bis 2009 abgeschlossen werden.

Kohlendioxid ist mit 87 Prozent Anteil an allen Treibhausgasen laut UBA der weitaus größte Klimakiller. 2007 verringerte sich sein Ausstoß um 2,7 Prozent oder 23,7 Millionen Tonnen auf 856,6 Millionen. Mineralöle einschließlich Autosprit verursachten 9,4 Prozent weniger Emissionen, Erdgas sowie andere Gase wie Kokerei- und Stadtgas 5,1 Prozent weniger. Wegen des sehr milden Winterwetters habe sich der Energiebedarf für Raumwärme verringert. Außerdem trugen erneuerbare Energien wie Wind, Wasser, Biomasse oder Solarenergie im Jahr 2007 rund 15 Prozent mehr zur Energieversorgung bei, sagte Troge. Dämpfend auf die Emissionen habe sich auch die Mehrwertsteuer-Erhöhung Anfang 2007 ausgewirkt. Die deshalb vorgezogenen Öl- und Gaskäufe seien einschließlich CO₂-Ausstoß, dem Jahr 2006 zugerechnet worden, woraus sich statistisch im Jahr 2007 ein CO₂-Rückgang ergibt.

Bei der Steinkohle erhöhten sich die CO₂-Emissionen 2007 um 3,2 Prozent auf 153,5 Millionen Tonnen und bei der Braunkohle um 2,4 Prozent auf 182 Millionen Tonnen. Der erhöhte Kohleeinsatz sei für einige Kraftwerksbetreiber attraktiver gewesen als das stark verteuerte Erdgas, sagte Troge. «Zusätzlich boten die - gegenüber dem Jahr 2006 - deutlich niedrigeren Preise für die Tonne CO₂ im Emissionshandel den Unternehmen wenig Anreiz, anstelle der Kohle das wesentlich weniger treibhausgasintensive Erdgas zu nutzen.» Neben den energiebedingten CO₂-Emissionen 2007 im Gesamtumfang von 773,7 Millionen Tonnen (minus 3,2 Prozent im Vergleich zu 2006) kamen 82,9 Millionen Tonnen (minus 2,4 Prozent) aus Industrieprozessen, unter anderem der Metall- und Chemieerzeugung.

Auch die Emissionen der für die Erderwärmung mitverantwortlichen Klimakiller Lachgas mit 63 Millionen Tonnen und Methan mit 45 Millionen gingen im Vorjahresvergleich zurück - um 1,7 beziehungsweise um 0,4 Prozent. Methan entsteht als Faulgas zum Beispiel bei Abfällen, aber auch in der Massentierhaltung, Lachgas ebenfalls in der Landwirtschaft, aber auch in der Chemie.

Dpa, 9.3.08



Energiekonzern verliert 200.000 Kunden

Trotz Image-Problemen und Kundenschwund hat der Energiekonzern Vattenfall im vergangenen Jahr in Deutschland wieder glänzend verdient.

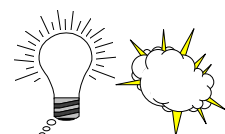
Der Betriebsgewinn der Deutschland-Sparte des schwedischen Konzerns stieg 2007 auf rund 1,6 Milliarden Euro, das waren rund 10 Prozent mehr als im Vorjahr, wie der Konzern gestern mitteilte. Grund dafür seien vor allem die gestiegenen Strompreise im vergangenen Jahr gewesen, hieß es. Damit trug das Deutschland-Geschäft den Löwenanteil zu den Gewinnen des Unternehmens bei: Europaweit fuhr Vattenfall einen Betriebsgewinn von 3 Milliarden Euro ein - ein Plus von 2,7 Prozent. Der Nettogewinn nach Steuern stieg um 4,2 Prozent auf 2,2 Milliarden Euro. Der Umsatz kletterte um 5,8 Prozent auf 15,2 Milliarden Euro; das Deutschlandgeschäft machte etwa 54 Prozent aus.

Vattenfall war 2007 in Deutschland in die Kritik geraten. Zunächst informierte der Konzern die Kunden nur schwer nachvollziehbar über Preiserhöhungen. Dann kam es zu Zwischenfällen in den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel, über die der Konzern die Öffentlichkeit nur sehr zögerlich informierte. Nach den Pannen musste zunächst Vattenfall-Deutschlandchef Klaus Rauscher gehen. Vor wenigen Wochen wurde sein Nachfolger Hans-Jürgen Cramer durch den Finnen Tuomo Hatakka abgelöst. Das Unternehmen verlor 2007 wegen der Pannenserie mindestens 200.000 Kunden an Konkurrenten.

Rheinpfalz vom 8.2.08

Studie zeigt großes, noch ungenutzte Potenzial von erneuerbaren Energien

Sieben Bundesländer könnten ihren Strombedarf schon heute komplett aus Erneuerbaren Energien decken - also aus Solar- und Windenergie, Wasserkraft und Biomasse. Mecklenburg-Vorpommern könnte sogar seinen vollständigen Verbrauch an Primärenergie (Strom- und Wärmebedarf) durch erneuerbare Energien abdecken. Das haben Wissenschaftler der Forschungsstelle für Umweltpolitik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität in einer Studie belegt, die das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in Auftrag gegeben hat. Trotz der vorhandenen Ressourcen und der energiepolitischen und rechtlichen Machbarkeit nutzen jedoch alle Bundesländer ihre Kompetenzen und Möglichkeiten zu wenig.



Das Team der Forschungsstelle um Dr. Lutz Mez hat in der Machbarkeitsstudie "Zukünftiger Ausbau erneuerbarer Energieträger unter besonderer Berücksichtigung der Bundesländer" die Wirtschaftlichkeit und die Hemmnisse bei der Weiterentwicklung der Erneuerbaren Energien untersucht. Entgegen landläufiger Meinung verfügen die Länder - vom Baurecht über die Raumordnung bis zur Landesplanung - über nicht zu unterschätzende rechtliche Kompetenzen, um die Entwicklung der Erneuerbaren Energien voranzutreiben. Davon werde aber kaum Gebrauch gemacht, so Lutz Mez, Koordinator der Studie.

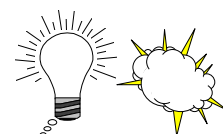
Die Wissenschaftler vermissen außerdem eigene energiepolitische Programme der Länder, die sich in einem Landesenergiegesetz, aber auch in einem Landes Klimaschutzgesetz niederschlagen könnten. Darin könnten gezielte Vorgaben zur CO₂-Reduzierung aufgestellt werden, um auch auf Länderebene den Klimaschutz zu forcieren. Mit konkreten Zielvorgaben für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energieträger bis 2010 oder 2020 könnte deren Entwicklung weiter angeschoben werden.

Um das große Potenzial an Erneuerbaren Energien der einzelnen Bundesländer zu nutzen, müsste politisch gezielter gefördert werden: In den USA zeigt Kalifornien beispielhaft, wie sich eine Region energiepolitisch profiliert und dabei auch die heimische Wirtschaft stärkt", so Lutz Mez. Zwar sei das Beispiel Kaliforniens nicht 1:1 auf die Bundesrepublik übertragbar, dennoch gebe es in der Bundesrepublik große Chancen für energiepolitische Initiativen auch auf Länderebene.

Jedes deutsche Bundesland hat bei den Erneuerbaren Energien entsprechend den je eigenen naturgegebenen Bedingungen seine spezifischen Stärken. Bayern und Baden-Württemberg führen bei der Wasserkraft, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern stehen bei der Windenergie an der Spitze. Bei der Stromerzeugung aus Biomasse dominieren wiederum Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Das größte Hemmnis, so die Studie, bestehe noch immer in der Benachteiligung der Erneuerbaren Energien gegenüber den fossilen und atomaren Energien, die jahrzehntelang stark subventioniert worden seien.

Die Wissenschaftler empfehlen eine stärkere Vernetzung der Bundesländer untereinander, um Kapazitäten zu bündeln. Die Länder sollten den Strom für ihre landeseigenen Einrichtungen aus Erneuerbarer Energie beziehen und so Vorbild für die Bürger sein. Darüber hinaus könnten Leuchtturmprojekte wie etwa die erste Offshore-Windkraftanlage bei Rostock, das Bioenergiedorf in Jühnde (Kreis Göttingen) oder das solarthermische Kraftwerk in Jülich eine Anschubfunktion übernehmen.

Freie Universität Berlin, 14. Februar 2008



Trotz besserer Effizienz steigt Strombedarf weiter

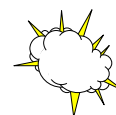
Trotz aller Sparappelle und technischer Verbesserungen nimmt der Stromverbrauch in Deutschland stetig zu. Allein in den letzten zehn Jahren verzeichnete die Elektrizitätswirtschaft einen Anstieg um 18 Prozent. Nach einer Studie des Fachverbandes Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik (VDE) wird dieser Trend auch bei einer deutlich verbesserten Effizienz der Stromnutzung anhalten. Bis 2025 rechnen die Experten mit einer effektiven Zunahme des Verbrauchs um knapp 30 Prozent. Dagegen hält die Bundesregierung im Rahmen ihres Klimaschutzprogramms eine langfristige Senkung des Stromverbrauchs um 20 Prozent für möglich.

Ein Grund für die deutlich pessimistischere Einschätzung der Elektrobranche ist die steigende Anzahl der genutzten Elektrogeräte. Das betrifft nicht nur die wachsende Ausstattung der Haushalte mit Computern oder Fernsehern. Der steigende Bedarf resultiert auch aus der zunehmenden Ablösung von Öl- oder Gasheizungen durch Wärmepumpen, die einen elektrischen Antrieb benötigen. Berücksichtigt werden müsste auch der verstärkte Einsatz von Klimaanlage. Käme es dabei nicht zu deutlichen Effizienzsteigerungen, würde der Strombedarf bis 2025 sogar um über 60 Prozent steigen, so die Prognose des VDE.

Etwa die Hälfte des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland geht auf die Industrie zurück. Jeweils rund ein Viertel entfallen auf den Dienstleistungsbereich und die privaten Haushalte. Letztere könnten vor allem durch modernste Heizungsanlagen sparen. So verbrauchen elektronisch geregelte EC-Heizungspumpen bis zu 50 Prozent weniger Energie als die üblichen Standardpumpen. Gegenüber noch älteren Anlagen liegt der Effizienzgewinn sogar bei 70 Prozent. Die Mehrkosten von EC-Motoren machen sich laut VDE schon nach zwei Jahren ihrer Nutzung bezahlt, was den Verbrauchern beim Kauf aber nicht transparent gemacht werde.

Weitere Reserven liegen in der Verringerung des Stand-by-Verbrauchs. Gerade in den Privathaushalten stehen viele Elektrogeräte in dem Bereitschaftsmodus. Laut VDE können Fernseher und Hi-Fi-Anlagen über die gesamte Laufzeit im Stand-by-Betrieb mehr Strom "fressen" als durch ihre tatsächliche Nutzung. Häufig fehlt bei den Anlagen ein Schalter, der die Stromzufuhr unterbricht. Ein wirksames Mittel dagegen sind abschaltbare Steckdosenleisten. Der Stromverbrauch der Geräte könne dadurch um bis zu 77 Prozent sinken. Laut VDE ließen sich bis zu zwei Prozent des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland einsparen, wenn die Verbraucher öfter auf den Stand-by-Modus verzichten würden.

Das Bundesumweltministerium bekräftigte indes die Zielvorgabe, den Stromverbrauch langfristig um ein Fünftel zu reduzieren. "Es gibt zahlreiche andere Studien, nach denen im Strombereich 20 bis 25 % Einsparung drin sind", sagte Umweltstaatssekretär Müller. Schon heute könnten sieben Großkraftwerke vom Netz genommen werden, wenn alle Haushalte besonders energiesparende Elektrogeräte nutzen würden.



Verträge unterzeichnet für Kohlekraftwerk Hamm

Der Essener Energiekonzern RWE baut zusammen mit 23 Stadtwerken aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ein neues Steinkohlekraftwerk in Hamm (Westfalen). Die Stadtwerke seien daran mit einem Anteil von zusammen über 450 Millionen Euro beteiligt. Der Anteil der Stadtwerke Trier liegt bei 12,6 Millionen Euro. „Wir gehen mit dieser innovativen Partnerschaft neue Wege in der Stromerzeugung“, sagte RWE-Chef Jürgen Großmann laut der Pressemitteilung. Zuletzt seien einige der dringend notwendigen Neubauprojekte abgesagt worden, beklagte der Chef des größten deutschen Energieerzeugers.

Durch das neue Kraftwerk in Hamm, das 2011 mit einer Leistung von 1.600 Megawatt in Betrieb gehen werde, verfügten damit künftig auch die kommunalen Partner von RWE über eigene Erzeugungskapazitäten, die sie weniger abhängig von der Börsenpreisentwicklung machten. An dem neuen Kraftwerk sollen die Kommunen künftig gemeinsam über einen Anteil von 350 Megawatt verfügen. RWE zeigte sich überzeugt, dass das Modell künftig in Deutschland Nachahmer finden werde. Der Energiekonzern habe den Kommunen bereits angeboten, sich auch an regenerativen Energieprojekten zu beteiligen. Dazu zähle in erster Linie die Stromerzeugung aus Biomasse und geothermischen Kraftwerken.

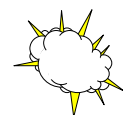
Das neue Kraftwerk in Hamm werde mit einem Wirkungsgrad von rund 46 Prozent auf dem modernsten Stand der Technik errichtet, so der Energiekonzern. Im Vergleich zu Altanlagen würden bei gleicher Stromproduktion rund 2,5 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart. Darüber hinaus werde die Anlage für eine spätere CO₂-Abscheidung ausgerüstet. In Spitzenzeiten sollen auf der Baustelle rund 3.000 Beschäftigte Arbeit finden.

Trierischer Volksfreund vom 20.2.08

Mainz: Kohlekraftwerk ein Millionengrab?

Mit dem geplanten Mainzer Kohlekraftwerk sind "gewaltige wirtschaftliche Risiken" verbunden. Das erklären rund 30 Wirtschaftswissenschaftler aus der Region Rhein-Main in einem offenen Brief an die Oberbürgermeister von Mainz und Wiesbaden sowie an die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und Hessen. Die Finanzexperten fordern die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) auf, den Planungsprozess anzuhalten, bis aktuelle Kosten-Nutzen-Analysen vorliegen.

Denn der zentrale Vorwurf der Wirtschaftsexperten um den Mainzer Controlling-Fachmann Ludwig Josef Albinus und Professorin Margareta Kulesa lautet: "Die Wirtschaftlichkeitsanalyse, auf die sich die KMW nach wie vor stützt, ist veraltet. Statt Gewinnen würde die KMW bei realitätsnäheren Annahmen Verluste von 20 Millionen Euro oder mehr einfahren. Selbst ein Jahresverlust von 140 Millionen Euro ist möglich."



Albinus nennt als Begründung für die unterschiedlichen Prognosen, dass sich Kohle- und Strompreis anders entwickeln als von KMW unterstellt. Kulesa sagt zudem, dass ab dem Jahr 2013 "mit zusätzlichen Betriebskosten für Emissionszertifikate von mindestens 80 Millionen Euro" gerechnet werden müsse. Die Professorin bezweifelt auch, dass die KMW AG die Mehrkosten über den Strompreis an die Kunden weitergeben könnte. Zum einen werde der Preiskampf härter, zum anderen zeige sich an der Nachfrage nach "Ökostrom" bereits jetzt, "dass sich die Endkunden sehr wohl für die Herkunft des Stroms interessieren". Gegen den Kraftwerksbau haben sich in einer repräsentativen Umfrage mehr als 80 Prozent der Mainzer und Wiesbadener ausgesprochen.

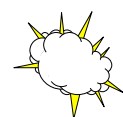
Rhein-Zeitung vom 13.3.08

Tausende protestieren gegen Kohlemeiler

Etwa 3.000 Menschen haben am Samstag in Mainz gegen das geplante Kohlekraftwerk der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) demonstriert. Die Kohlegegner formierten sich in Mainz und in Wiesbaden zu Protestzügen, in der Mainzer Innenstadt gab es dann zum Abschluss eine Kundgebung. Dabei forderte die rheinland-pfälzische Grünen-Politikerin Tabea Rößner einen Ausstieg aus dem Projekt: "Dieses Kraftwerk ist ökologischer Wahnsinn und ökonomischer Schwachsinn."

Auf Bannern waren Sprüche wie "Klimaschutz statt Kohleschmutz" und "Zukunft statt Kohle" zu lesen. Ein Sprecher der Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz sagte: "Von hier geht heute ein starker Impuls aus, dieses Projekt zu kippen." Bei den Gegnern sieht er eine "große Entschlossenheit". Die Veranstalter hatten ursprünglich mit bis zu 5.000 Teilnehmern gerechnet. Die geringere Resonanz führte der Sprecher auf das regnerische Wetter zurück.

Neben Kommunalpolitikern diverser Parteien war auch der rheinland-pfälzische CDU-Chef Christian Baldauf zu der Kundgebung gekommen. Die Mainzer CDU hatte jüngst die Kehrtwende vollzogen und ihre ursprüngliche Zustimmung zu dem Projekt zurückgezogen. Gegen das Kraftwerk, das 2012 ans Netz gehen soll, sind 60.000 Einwendungen eingegangen. Am Mittwoch befasst sich erneut der Mainzer Stadtrat mit dem Bau des Kohlemeilers.





118 Störfälle in Atommeilern

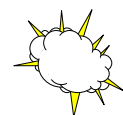
In deutschen Atomkraftwerken hat es im vergangenen Jahr 118 meldepflichtige Störfälle gegeben. 106 Zwischenfälle wurden aus den laufenden Kernkraftwerken gemeldet, zwölf aus den stillgelegten. Das geht aus Erhebungen des Bundesamtes für Strahlenschutz und aus einem Schreiben von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hervor. Bei keinem traten laut Gabriel "Ableitungen radioaktiver Stoffe oberhalb genehmigter Höchstwerte" auf. Demnach gab es allein in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres 29 meldepflichtige Ereignisse. Insgesamt gab es 2007 zwölf Störfälle weniger als noch ein Jahr zuvor.

Rhein-Zeitung vom 18.4.08

Wissenschaftler löffeln 60.000 Liter Atomsuppe aus

Es ist die teuerste Flüssigkeit der Welt. 60.000 Liter Atomsuppe mit gelöstem Uran und Plutonium sollen in der früheren Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe verglast werden. Zweieinhalb Milliarden Euro kostet das Projekt. Ein Blick hinter dicke Mauern aus Stahlbeton.

15 Minuten werden wichtig sein. 900 Sekunden, in denen nichts schief gehen darf im Januar 2009 wird die Anlage "scharf geschaltet" und danach werden einmal pro Woche 1.500 Liter Atomsuppe durch eine zweieinhalb Meter lange Röhre gepumpt. Hinter einem meterdicken Mantel aus Stahlbeton wird hochradioaktiver Abfall von einem alten Lagergebäude in den Schmelzofen der neuen Verglasungseinrichtung fließen.



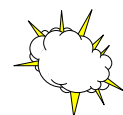
Der flüssige Atomabfall wartet seit Jahrzehnten in zwei Stallbehältern auf seine Entsorgung: 500 Kilogramm Uran und mindestens 16 Kilogramm Plutonium, aufgelöst in Salpetersäure. Kein Außenstehender wird erfahren, wann dieses 15-Minuten-Zeitfenster geöffnet sein wird. Die Wissenschaftler nennen die Röhre den Transferkanal. Er ist die Achillesferse eines Milliardenprojektes. Lagergebäude und Schmelzöfen der gefährlichen atomaren Altlast sind gegen direkte Flugzeugabstürze gesichert - dieser Transferkanal nicht. Deswegen die Geheimniskrämerei.

Man kann zur früheren Wiederaufarbeitungsanlage auf dem Gelände des Forschungszentrums im Norden von Karlsruhe spazieren. Bis zum elektrisch gesicherten Zaun unter den Augen von Kameras. Man kann auch durch den Zaun blicken. Aber keiner wird die Achillesferse entdecken. Irgendwo zwischen zwei Gebäuden hinter Sichtschutz aus Beton liegen diese Röhren. Die Betreiber der Anlage wollen gegen alles gewappnet sein. Auch gegen Terroristen, die mit einer Panzerfaust durch den Zaun zielen könnten. Sie würden ihr Ziel nicht sehen.

Gutachter haben gerechnet. Sicher sollen die Gebäude sein. Sie sollen kaum vorstellbare Kräfte aushalten – etwa ein Beben, bei dem die Anlage in Sekunden horizontal um zwei Meter verschoben werden könnte. Flugzeugabstürze wurden durchgerechnet. Wobei Flügel und Passagierzellen nicht das Problem sind. Gegen diese Wucht ist der Transferkanal gesichert. Problematisch sind die kompakten Teile eines großen Jets: Motoren und Fahrwerk. Gegen einen direkten Treffer ist die Röhre eben nicht ausgelegt.

Aber, sagt Joachim Fleisch, Projektleiter der WAK-Entsorgungsbetriebe, ein solcher Absturz müsste 90 Grad senkrecht von oben punktgenau besagte zweieinhalb Meter treffen und dann auch noch ausgerechnet in den 15 Minuten, in denen die Röhre "heiß" ist. Das soll beruhigend klingen. Am liebsten wäre dem Projektleiter, der Verglasungsprozess würde heute statt morgen beginnen. Fleisch pflegt jedes Wort mit Bedacht zu wählen. „Die ‚Lava‘ – jenes Lagergebäude mit seinen zwei Edeltanks, in denen seit Jahren die Atomsuppe schwappt - wäre neu, so wie sie heute steht, nicht mehr genehmigungsfähig“. Deshalb sagt er weiter: "Jeder Liter, der aus der alten in die neue Anlage kommt, befindet sich in einem sichereren Zustand."

Die atomare Altlast stammt aus den 70er Jahren, als die Kernindustrie in Deutschland den atomaren Kreislauf schließen wollte. Der letzte Baustein wäre die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente gewesen. Das hätte in Wackersdorf stattfinden sollen. Die WAK Karlsruhe war die Pilotanlage gewesen. 200 Tonnen Brennelemente hatten die Techniker bearbeitet. Mindestens eine Tonne Plutonium abgetrennt. Technisch war und wäre die Wiederaufarbeitung „machbar“, erklärt Fleisch, aber politisch war sie nicht durchsetzbar. Deshalb kam 1991 das Aus für Wackersdorf und kurz danach auch für die WA Karlsruhe, die zur grünen Wiese zurückgebaut wird.



Ab Januar 2009 wird die Atomsuppe endlagergerecht verglast. Fünf Jahre später als geplant und mit 2,6 Milliarden Euro doppelt so teuer wie berechnet. Dafür haben sie im Norden Karlsruhes zweieinhalb Meter neben das hochradioaktive Lager einen riesigen Neubau gestellt. Hinter 1,8 Meter dickem Stahlbeton im Inneren ein Schmelzofen, der pro Stunde zehn Liter des flüssigen hochradioaktiven Abfalls in Glaskokillen einschmelzen kann. Schwere Stahlschleusen öffnen sich mit einem lauten Zischen. Je näher man dem Ofen kommt, umso mehr knackt es in den Ohren. Von Raum zu Raum sinkt der Luftdruck. Im Fall eines Lecks wirkt das wie eine Barriere, damit nichts nach außen dringt. Anderthalb Jahre soll der Prozess dauern. Mindestens - und nur wenn nichts dazwischenkommt.

Die Glasperlen kommen aus China, weil sie dort am billigsten sind. Sie enthalten einen bestimmten Anteil von Bor, das den Schmelzpunkt des Glases von 1.600 auf knapp 1.200 Grad heruntersetzt und schont den Ofen. Hinter 1,1 Meter Bleiglas werden Techniker den Prozess von außen mit Roboterarmen steuern. China hat noch ein weiteres Interesse: Die neue Supermacht hat ein Auge auf die Karlsruher Technik geworfen und diskretes Kaufinteresse signalisiert. Dann wäre das Milliardengrab WAK vielleicht doch noch ein Geschäft.

Rheinpfalz vom 1.4.08

Brand in Krümmel

Im Atomkraftwerk Krümmel (Schleswig-Holstein) ist ein Schmelbrand ausgebrochen. Der Brand ist in einer Lüftungsanlage des Reaktors entdeckt worden, der nach einem Feuer seit vergangenem Sommer abgeschaltet ist, teilte der Energiekonzern Vattenfall mit. Demnach konnte die Feuerwehr den erneuten Brand sofort löschen, ohne dass es Verletzte gab. Die Atomaufsicht versicherte ebenso wie Vattenfall, dass keine radioaktiven Stoffe freigesetzt wurden.

Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) sagte, es sei auffällig, "dass es immer wieder in Krümmel solche Zwischenfälle gibt". Jedoch will er zunächst den Bericht der schleswig-holsteinischen Atomaufsicht abwarten. Vattenfall-Sprecher Ivo Banek betonte, dass es kein offenes Feuer gegeben habe. Das Reaktorgebäude sei vorübergehend geräumt, aber schnell wieder freigegeben worden. Offenbar brach der Brand im Messraum des Abluftkamins an einer Filtermatte aus. Die Ursache ist noch unklar. Das für die Reaktorsicherheit zuständige Sozialministerium in Kiel schaltete einen Gutachter ein.

Der Atommeiler ist seit einem Feuer in einem Transformator am 28. Juni 2007 abgeschaltet. Laut Ministerium soll er frühestens Mitte Mai wieder ans Netz gehen. Das 1983 in Betrieb genommene AKW Krümmel produziert normalerweise rund ein Drittel des gesamten Stromverbrauchs Schleswig-Holsteins.

Rhein-Zeitung vom 5.2.08



Ärzte gegen AKW

Im Streit um die größte Studie zu Leukämiefällen bei Kindern im Umkreis von deutschen Atomkraftwerken haben Ärzte- und Umweltorganisationen der Regierung "Täuschung und Manipulation" vorgeworfen. Die Studie zeige eindeutig, dass Atomkraftwerke auch im Normalbetrieb krank machen, sagte die Vorsitzende der atomkritischen Ärztevereinigung IPPNW, Angelika Claußen. Umso schwerer wiege, dass Monate nach ihrer Veröffentlichung eine eigens vom Bundesamt für Strahlenschutz in Auftrag gegebene Qualitätsprüfung der Ergebnisse unter Verschluss gehalten werde.

In einem Appell fordern IPPNW, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und 100 Kinderärzte die sofortige Stilllegung aller AKWs, die Entschädigung betroffener Familien durch die Betreiber und weitere Untersuchungen über radioaktive Emissionen im Umfeld von Atommeilern. Laut der "Epidemiologischen Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken" des Mainzer Kinderkrebsregisters treten im Umkreis von Kernkraftwerken vermehrt Leukämie-Fälle bei Kindern auf.

Rhein-Zeitung vom 28.4.08

Salzgitters Klage scheitert

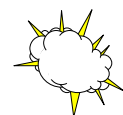
Atom Müll: Die Verfassungsbeschwerde der Stadt Salzgitter gegen den Bau des Atom-müllendlagers Schacht Konrad ist erfolglos. Das Gericht nahm die Beschwerde nicht an. Die Stadt sei hinsichtlich der geltend gemachten Rechtsverletzung "nicht beschwerdefähig". Die Stadt befürchtet Standortnachteile durch das Endlager, in dem laut Genehmigungsbescheid von 2002 bis zu 303.000 Kubikmeter schwach- und mittelfradioaktive Abfälle eingelagert werden sollen.

Rhein-Zeitung vom 27.3.08

Teure "zweite Miete"

Mieter zahlen in Deutschland durchschnittlich 2,13 Euro pro Quadratmeter im Monat für Betriebskosten. Rechnet man alle 17 denkbaren Betriebskostenarten zusammen, kann die sogenannte zweite Miete bis zu 2,82 Euro pro Quadratmeter und Monat betragen. Für eine 80 Quadratmeter große Wohnung müssten dann im Jahr 2.707,20 Euro aufgebracht werden. Nach Berechnungen des Deutschen Mieterbundes entfallen damit rund 37 Prozent der Gesamtwohnenkosten auf die Betriebskosten.

Der Deutsche Mieterbund hat Vergleichswerte des Betriebskostenspiegels 2007 genannt. Das sind durchschnittliche Kosten in Euro pro Quadratmeter und Monat aus dem Abrechnungsjahr 2006.



Heizkosten 0,85 Euro

Sobald eine Heizungsanlage mindestens zwei Wohnungen versorgt, müssen die Heizkosten verbrauchsabhängig abgerechnet werden. Bei der Heizkostenabrechnung müssen Mieter nicht nur die reinen Brennstoffkosten für Gas, Öl oder Fernwärme zahlen, sondern auch sogenannte Heizungsnebenkosten, wie Betriebsstrom, Heizungswartung und Kosten für Wärmemessdienstfirmen.

Warmwasser 0,22 Euro

Die Kosten für die Warmwasserversorgung werden in aller Regel ebenfalls verbrauchsabhängig abgerechnet. Es gelten die gleichen Grundsätze wie bei der Heizkostenabrechnung.

Wasser und Abwasser 0,39 Euro

In den meisten Fällen erfolgt die Abrechnung der Wasserkosten nach dem Verteilerschlüssel "Kopfzahl" oder "Wohnfläche". Nur in Neubauten muss der Vermieter den Verbrauch anhand von Wasseruhren in den Wohnungen abrechnen. Zu den Entwässerungskosten gehören die städtischen Kanalgebühren.

Hierzu können aber auch die Kosten für eine private Anlage beziehungsweise die Kosten für Abfuhr und Reinigung einer eigenen Klär- und Sickergrube gezahlt werden. Auch von der Gemeinde per Abgabenbescheid erhobene Kosten, wie Sielgebühren, Oberflächenentwässerung, Regenwasser oder Niederschlagswasser, gehören zu den Entwässerungskosten.

Allgemeinstrom 0,04 Euro

Das sind die Stromkosten für die Außenbeleuchtung und die Beleuchtung der gemeinsam genutzten Gebäudeteile, wie Zugänge, Flur, Treppen, Keller, Bodenräume und Waschküche.

Weitere Nebenkosten

Grundsteuer 0,20 Euro, Hauswart 0,20 Euro, Müllbeseitigung 0,18 Euro, Aufzug 0,16 Euro, Gebäudereinigung 0,14 Euro, Sach- und Haftpflicht-Versicherungen 0,12 Euro, Gartenpflege 0,09 Euro, Gemeinschaftsantenne und Kabelfernsehen 0,10 Euro, Straßenreinigung 0,05 Euro, Schornsteinreinigung 0,03 Euro, Sonstige Kosten 0,05 Euro.

Energiedepesche 01/08

Raffinerie-Abwärme soll zu Fernwärme werden

Es klingt plausibel: Warum soll die überschüssige Abwärme der Miro-Raffinerie weiter in die Luft geblasen werden, wenn man sie für die Fernwärme nutzbar machen kann? Ende 2010 soll, wenn es nach den Vorstellungen der Raffinerie und der Stadtwerke Karlsruhe geht, das 30-Millionen-Euro-Projekt betriebsbereit sein.



Derzeit läuft das Planfeststellungsverfahren und "voraussichtlich im April" könne schon "der Startschuss fallen" meint Harald Rosemann, Sprecher der Stadtwerke-Geschäftsführung. Aber auch in diesem Fall formiert sich Widerstand vom Bürgerverein Knielingen bis zum Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Laut Untersuchungen der potenziellen Betreiber könnte allein im Miro-Werk 2 eine Wärmeleistung voll 40 Megawatt für die Fernwärme nutzbar gemacht werden, mit der rund 8.000 Haushalte versorgt werden könnten. Dafür müssten auf dem Raffineriegelände Wärmetauscher installiert und dort eine 4,3 Kilometer lange Rohrleitung zum Heizkraftwerk West der Stadtwerke gebaut werden.

Abgesehen von der wirtschaftlichen Komponente des Projekts könne man damit, schwärmte der Technik-Chef der Stadtwerke, Karl Roth, bis zu 60.000 Tonnen Kohlendioxid jährlich einsparen. Das Projekt, das auch ein Stück weit unabhängiger von den Entwicklungen des Energiemarktes macht, sei "einzigartig in Europa".

Für die Gegner ist das alles "reine Öko-Lyrik". Zwar spare man auf der einen Seite die erwähnte Menge Kohlendioxid ein, so Harry Block vom BUND. Auf der anderen werde sich durch das am Rheinhafen geplante Steinkohle-Kraftwerk des Energiekonzerns Energie Baden-Württemberg (EnBW) und die Umstellung der Energieerzeugung bei Stora Enso die Belastung der Luft durch Feinstaub und andere Schadstoffe im Raum Karlsruhe drastisch erhöhen. Allein bei Stora Enso sei mit 20.000 Tonnen jährlich das Fünffache dessen an Kohlendioxid zu erwarten, was durch die Fernwärmeleitung eingespart werden solle.

Zudem habe die EnBW für das neue Kraftwerk nach eigener Aussage mit den Stadtwerken einen Vertrag über eine jährliche Fernwärme-Auskopplung von 200 Megawatt, abgeschlossen und aus dem bisherigen Kraftwerk kommen rund 140 Megawatt hinzu. "Wer in Karlsruhe benötigt so viel Wärme?", fragt Harry Block.

Die Kritiker wenden auch ein, dass eine Nutzung der Miro-Abwärme zur Nahversorgung wesentlich effektiver sei. So hätte man durchaus nichts dagegen, wenn damit etwa das derzeit in der Erschließung befindliche große Konversionsgelände in Knielingen versorgt würde. Der dortige Bürgerverein bezeichnet es als "unverständlich", dass nach Aussage der Konversionsgesellschaft und der hinter dieser stehenden stadteigenen Volkswohnung dort eine Versorgung durch ein gasbetriebenes eigenes Heizkraftwerk vorgesehen sei. Für den BUND und die Bürgerinitiative "Das sichere Müllkonzept" fehlt es in Karlsruhe ohnehin an einer Fortschreibung des Energiekonzepts von 1996. Ende des vergangenen Jahres habe man einen eigens erarbeiteten Energieleitfaden, der auch eine Energieagentur für Karlsruhe vorsehe, im Rathaus übergeben. Auf eine Antwort warte der Verfasser Michael Zoll bis heute.

Rheinpfalz vom 26.3.08

